Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (23.04.2012)

Sand im Getriebe 95

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Den Marsch in den Ruin stoppen!
Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen

Europa neu begründen!

Intellektuelle (z.B. Altvater, Fisahn, Jürgen Habermas) und Gewerkschaftsführer (z.B aus der IG-Metall, Verdi, IGBau, GEW) rufen:



„So kann, so darf es nicht weitergehen. Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Europa befindet sich in einer Existenzkrise. Schon vor Ausbruch der Krise wurden die Weichen falsch gestellt: durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion..."

(weiter S. 3)

Europa neu begründen

Globale Bewegung

Vorwort

Diese Nummer steht ganz unter dem Motto: „***So kann, so darf es nicht weitergehen***“. Mehrere Aufrufe warnen vor einem Zerfall des europäischen Projektes und vor dem Wiederauftauchen alter Gespenster. Sie fordern einen radikalen Politik- und Pfadwechsel. „*Ein **erster Schritt** auf diesem Weg muss die **Ablehnung des Fiskalpakts** in seiner gegenwärtigen Form sein.*“ Aber das reicht nicht aus, meint der Aufruf „***Europa neu begründen***“.
Um die ungleiche Entwicklung in Europa und die Abwärtsspirale vor allem im europäischen Süden zu stoppen *„ist es erforderlich, dass sich die EU zu einer Transferunion weiterentwickelt. Ausgleichszahlungen helfen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums abzubauen.“* Um das zu erreichen, muss das europäische Projekt neu verhandelt werden*: „Europa braucht eine **Demokratieoffensive**. Als abgehobenes Elite-Projekt hat die EU keine gute Zukunft“ „Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!“.*
Das hat es wohl seit dem Kampf gegen die Notstandgesetze 1968/69 nicht mehr gegeben: eine ganz breite Front von Gewerkschaftlern bis hin zu einflussreichen Intellektuellen - von Habermas zu Bsirske - schlagen also Alarm und rufen „Halt, nicht weiter so“. Ihnen schließt sich eine ganz breite Front von internationalen Mainstream-Ökonomen an, von Josef Stiglitz über George Soros bis hin zum OECD Generalsekretär Angel Gurria.
„Die Aufforderung aus Berlin an den ganzen Euro-Raum, sich der Sparpolitik anzuschließen, kommt einer Aufforderung zum gemeinsamen Selbstmord gleich“ (Stiglitz)

Der **wissenschaftliche Beirat** von Attac-Deutschland ruft zu den europaweiten Mai-Aktionstagen in Frankfurt/M („**Blockcupy**“) auf, ebenso die Erklärung, „**Demokratie statt Fiskalpakt**“: *„Wir sind diese unsoziale und anti-demokratische Politik ebenso leid wie die rassistischen Attacken auf die griechische Bevölkerung. Reden wir stattdessen von den menschenverachtenden Folgen dieser Politik. Reden wir über die autoritäre Wende Europas und deutsche Niedriglöhne als Krisenursache. Reden wir vom unangetasteten Vermögen der Wenigen und dem Leid der Vielen. Reden wir von unserer Bewunderung für den Widerstand und die Solidarität in der griechischen Bevölkerung. Fordern wir das Selbstverständliche: Echte Demokratie und ein gutes Leben in Würde für alle – in Europa und anderswo“.* Als Alternative wird unter anderem gefordert „*Staatsschulden streichen, Kapitalverkehrskontrollen einführen und Banken in öffentliche Dienstleister umwandeln“.*

Es bildet sich also ein breiter Konsens für eine radikale Kritik an den Kapitalismus UND für praktikable Mindest-Alternativen heraus. Und es entwickeln sich breite **Bündnisse** – für den **1.Mai**, für den **weltweiten Aktionstag am 12.Mai**, für die **Europäischen Aktionstage in Frankfurt vom 16. bis zum 19.Mai.**
Trotz unterschiedlicher Gewichtungen ist sich die „Mosaik-Linke“ in dem einen Punkt einig: Es ist die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, die nicht nur zu sozialer Polarisierung, sondern auch zum Chaos der gegenwärtigen Krise geführt hat. **ISW**-München hat zu den **Ursachen dieser Ungleichheit** Material vorgelegt. **Anne Karras** analysiert die Einzelheiten des Fiskalpaktes**; Christian Felber** macht Vorschläge zur Rettung des Euro; **Tomasz Konicz** berichtet über die Auswirkungen der Sparpolitik in Osteuropa am Beispiel Rumäniens; mehrere Autoren berichten über die zahlreichen Initiativen zu einem **Schuldenaudit** in europäischen Ländern.
Ein breiter Konsens scheint sich herauszubilden im Sinne des Europa-Aufrufs*: „Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut!* -

Vor lauter Euro-Krise drohen die Probleme anderer Weltregionen in den Hintergrund zu geraten. Die revolutionären Prozesse in Lateinamerika beflügeln die Bewegungen für eine andere Welt, aber sie sind gefährdet. wie die Berichte aus **Haiti** und **Venezuela** zeigen.
Eine Schande, dass die **Rüstungsexporte** des Westens an die reaktionärsten Regime des Nahen Ostens (z.B. an die saudischen Unterdrücker des Aufstandes in Bahrein) weitergehen (siehe **Aktion „Aufschrei)**.
Der Iran wird weiterhin mit Sanktionen und Krieg bedroht: Attac Deutschland hat dazu die Forderung nach einer **atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten** unterschrieben. **Pax Christi** hält die Drohpolitik gegen den Iran für unmoralisch. **Junge Israelis** starteten eine Facebook-Initiative unter dem Titel „Iraniens, we love you, we will never bomb you“. Tausende iranischer Internet-Aktivisten antworteten unmittelbar: „Israelis, we love you too“„

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! ***Coorditrad braucht noch Unterstützung!*** **www.coorditrad.attac.org**

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)

Intellektuelle (z.B. Altvater, Fisahn, Jürgen Habermas)
und Gewerkschaftsführer (z.B aus der IG-Metall, Verdi, IGBau, GEW) rufen:

Europa neu begründen!

Den Marsch in den Ruin stoppen!
Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!

So kann, so darf es nicht weitergehen. Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Europa befindet sich in einer Existenzkrise. Schon vor Ausbruch der Krise wurden die Weichen falsch gestellt: durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion. Forciert wurde die Krise durch neoliberale Deregulierungspolitik und gewissenlose Gier der Finanzeliten, die gegen Krisenländer spekulieren und eine finanzmarktkonforme Politik erzwingen wollen. **Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-) Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei.**

Statt Politikfehler und Profitgier als Krisenursachen zu benennen, werden die Staatsdefizite zu einer (Sozial-)Staatsschuldenkrise umgedeutet, um eine desaströse Politik zu legitimieren. Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden durch europäische Vorgaben radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet. Dabei folgen vor allem die wirtschaftliche Steuerung (»Economic Governance«) und der von der deutschen Regierung durchgedrückte Fiskalpakt einer Agenda, die die politische und soziale Demokratie in den Mitgliedstaaten irreparabel zu beschädigen droht.

Diese Politik ist verantwortungslos und muss umgehend beendet werden. Sie ist

- **wirtschaftspolitisch kontraproduktiv**, weil sie privaten und öffentlichen Konsum sowie öffentliche Investitionen und damit Wachstum und Entwicklung stranguliert;

- **sozial verantwortungslos**, weil sie die Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb der Länder vertieft;

- **demokratiepolitisch destruktiv**, weil sie demokratische Verfahren außer Kraft setzt und erkämpfte Errungenschaften der sozialen Demokratie wie Tarifautonomie und soziale Schutzsysteme attackiert.

Im Fall Griechenland bündeln sich die katastrophalen Folgen dieser Politik. Die Ökonomie wurde in eine Rezession getrieben, große Teile der Gesellschaft verarmen, immer mehr Menschen wenden sich mit Bitterkeit von Europa ab und die Demokratie erstickt im Würgegriff der »Troika«.

Diese Entwicklung muss in Griechenland gestoppt werden und darf sich in anderen Ländern keinesfalls wiederholen! **Europa muss sich auf einen neuen Entwicklungspfad begeben**. Will es als ein solidarisches und demokratisches Projekt eine Zukunft haben, müssen die Weichen politisch neu gestellt werden. Als wirtschaftlich und politisch stärkster Mitgliedstaat trägt Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir fordern eine deutsche Politik, die nicht als Treiber der destruktiven Krisenpolitik sondern als Lotse des überfälligen Pfadwechsels agiert!

Wirtschaftspolitisch vordringlich sind folgende Maßnahmen:

- Finanztransaktionen müssen drastisch besteuert werden. Die Finanzmarktakteure müssen als Krisenverursacher zur Finanzierung der Krisenlösung wirksam herangezogen, die Finanzmärkte reguliert sowie der Bankensektor neu geordnet werden.

- Für Staatsanleihen muss die Eurozone gemeinsam bürgen und die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden.

- Die europäische Geldpolitik ist neben dem Ziel der Geldwertstabilität auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele zu verpflichten.

Auch die Gewerkschaften und die Politik in Deutschland sind gefordert.
In Deutschland müssen die Löhne wieder stärker steigen als in den vergangenen Jahren, um die ständige Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen zu beenden, den Binnenmarkt zu stärken und Ungleichgewichten in der EU entgegenzuwirken. Ebenfalls unverzichtbar sind eine umfassende Reregulierung des Arbeitsmarktes und eine Zurückdrängung des Niedriglohnsektors und der prekären Arbeit.

Doch diese Maßnahmen reichen nicht aus. **Ein Pfadwechsel setzt grundlegendere Veränderungen voraus**:

- Um eine Kooperation unterschiedlich produktiver Wirtschaften unter dem gemeinsamen Euro-Dach zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass sich die EU zu einer **Transferunion** weiterentwickelt. Ausgleichszahlungen helfen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums abzubauen. Dabei müssen Pflichten und Rechte von Geber- und Nehmerstaaten gemeinsam vereinbart werden. Den Staaten mit hohen Schulden müssen durch Hilfen neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden.

- Europa braucht eine **Demokratieoffensive**. Als abgehobenes Elite-Projekt hat die EU keine gute Zukunft. Politische Weichenstellungen dürfen nur unter strikter Beachtung europäischer Verträge und Institutionen getroffe n werden. Die Regierungen haben kein Mandat, Krisenpolitik an den Parlamenten vorbei zu betrei-ben. In Kernfragen Europas müssen die Bevölkerungen befragt werden.

- **Europa muss sich neu begründen!** Der Einigungsprozess braucht eine neue identitätstiftende Leitidee. Immer mehr Menschen verbinden mit Europa Staatsschulden, Sozialabbau und Bürokratie. Sie entziehen der EU Sympathie und Zustimmung. Soll Europa eine Zukunft haben, muss aktiv um die Zustimmung und Zuneigung der Menschen geworben werden. In einer europäischen Öffentlichkeit müssen sich die Akteure über eine Leitidee für ein soziales und demokratisches Europa verständigen.

Wir plädieren für eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt. Ein erster Schritt auf diesem Weg muss die **Ablehnung des Fiskalpakts** in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens sein. Wir fordern von den politisch Verantwortlichen und appellieren an Gewerkschaften und Zivilgesellschaft:

Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut! **Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!**

Initiatoren des Aufrufs der Initiative »Europa neu begründen«: Frank Bsirske (Ver.di) , Annelie Buntenbach (DGB) , Prof. Dr. Rudolf Hickel (Wirtschaftswissenschaftler) , Dr. Steffen Lehndorff (Sozialwissenschaftler) , Dr. Hans-Jürgen Urban (IG Metall)

Erstunterzeichnende

Prof. Dr. Elmar Altvater (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling (Sozialwissenschaftler) ,Prof. Dr. Gerhard Bosch (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Ulrich Brand (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Klaus Busch (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Frank Deppe (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Klaus Dörre (Sozialwissenschaftler) , Christoph Ehlscheid (IG Metall) , Prof. Dr. Andreas Fisahn (Rechtswissenschaftler) , Edith Großpietsch (IG Metall) , Prof. Dr. Jürgen Habermas (Philosoph) , Dr. Dierk Hirschel (Ver.di) ,Dr. Martin Höpner (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Gustav Horn (Wirtschaftswissenschaftler) , Alexander Kirchner (EVG) , Prof. Dr. Birgit Mahnkopf (Sozialwissenschaftlerin) , Claus Matecki (DGB) ,Hartmut Meine (IG Metall) ,Franz-Josef Möllenberg (NGG) , Jürgen Peters (IG Metall) , Klaus Pickshaus (IG Metall) , Wolfgang Pieper (Ver.di) , Prof. Dr. Dieter Sauer (Sozialwissenschaftler) , Armin Schild (IG Metall) , Dieter Scholz (DGB) , Dr. Thorsten Schulten (Sozialwissenschaftler) , Prof. Dr. Michael Schumann (Sozialwissenschaftler) ,Helga Schwitzer (IG Metall) , Michael Sommer (DGB) , Franz Steinkühler (IG Metall) , Ulrich Thöne (GEW) , Dr. Alexandra Wagner (Sozialwissenschaftlerin) , Detlef Wetzel (IG Metall) , Klaus Wiesehügel (IG BAU) , Bernhard Witthaut (GdP) , Dr. Frieder Otto Wolf (Philosoph) , Prof. Dr. Karl Georg Zinn (Wirtschaftswissenschaftler)

http://www.europa-neu-begruenden.de/

Aufruf des wissenschaftlichen Beirats von Attac

Stoppt die neoliberale Krisenpolitik – enteignet die Krisengewinner!

Wir erleben die tiefste Krise des Kapitalismus seit der großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre – und **die europäischen Regierungen gießen ständig weiteres Öl ins Feuer**! Einige Regierungen haben eine solidarische Lösung der Krise in Europa von Anfang an verhindert und sind maßgeblich für ihre Verschärfung verantwortlich. Besonders trifft dies auf die **deutsche Regierung** zu. Sie blockierte im Herbst 2008 ein substanzielles Konjunkturpaket auf europäischer Ebene. Kaum war der Tiefpunkt der Rezession in Deutschland im Jahr 2009 erreicht, predigte die deutsche Regierung, nun sei eine harte **Sparpolitik** notwendig. Die „Schuldenbremse" wurde im Grundgesetz verankert: Eine von neoliberaler Ideologie geprägte Selbstentmachtung der Politik. Die Sparmaßnahmen in den verschiedenen EU-Ländern trafen vor allem Lohnabhängige, Rentner, Arbeitslose und kleine Selbständige, während die Reichen, die Banken und Konzerne ungeschoren davon kamen.

Im Frühjahr 2010 blockierte die Bundesregierung lange die Hilfe für **Griechenland**, so dass der Anstieg der griechischen Staatsverschuldung sich beschleunigte und eine Lösung dieser Krise immer schwieriger und immer teurer wurde. Die Kreditzusagen für Griechenland und andere Krisenländer wurden mit unsinnigen **Auflagen** verbunden, die die Krise weiter verschärfen mussten. So trägt beispielsweise die Senkung des griechischen Mindestlohns nicht zur Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit" bei, da das Land ohnehin kaum über international konkurrenzfähige Industrien verfügt. Stattdessen zerstört die Senkung des Mindestlohns weiter den griechischen Binnenmarkt, im Ergebnis brechen die Steuereinnahmen weg und die Staatsverschuldung steigt weiter an.

Das Beispiel macht deutlich: Die gegenwärtige Krisenpolitik schreibt die **Umverteilung von den Lohnabhängigen zu den Kapitaleignern** ohne Rücksicht auf gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen fort. Die griechischen Löhne sind bereits um 20-30% und mehr gesunken, Hunderttausende verlieren ihren Arbeitsplatz, mehr als 10.000 Schulen wurden geschlossen, Krankenhäuser bekommen keine Medikamente mehr, Kinder hungern. Ähnliche Entwicklungen drohen auch in Portugal und weiteren Ländern Europas.

Die neoliberale Politik, deren Scheitern in der Krise offenkundig wurde, wird nochmals radikalisiert. So zielt der „**Fiskalpakt**", den die Staats- und Regierungschefs von 24 Staaten der Europäischen Union am 2. März 2012 beschlossen haben, darauf ab, die neoliberale Sparpolitik für alle Zukunft gesetzlich festzuschreiben. Eine „Schuldenbremse" nach dem deutschen Vorbild soll europaweit verankert werden. Staatliche Haushaltsdefizite sollen zukünftig auf maximal 0,5% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Was dabei übersehen wird: Schon der in den 1990er Jahren vereinbarte „Stabilitäts- und Wachstumspakt" der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der noch ein Haushaltsdefizit von 3% des Bruttoinlandsprodukts zugelassen hat, hielt der Realität einer von Krisen geprägten kapitalistischen Gesellschaft nicht stand. Das Defizit von 3% wurde regelmäßig überschritten.

Doch der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion", wie der Fiskalpakt offiziell heißt, ist mehr als das Resultat der realitätsfremden Spinnerei neoliberaler Ökonomen und Politiker. Weitere Wellen der Privatisierung, der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen, des Sozialabbaus und der Lohnsenkung sind europaweit vorprogrammiert. Und das alles, um die Profite einer kleinen Gruppe von reichen Vermögensbesitzern zu sichern.

Die maßgeblich von der deutschen und der französischen Regierung vorangetriebene zerstörerische Politik wird von fast allen Regierungen in der EU akzeptiert und umgesetzt, weil es in all diesen Ländern dominante Kapitalfraktionen gibt, die davon profitieren, dass die Lohnabhängigen verstärkt unter Druck gesetzt werden.

Die europäische Krisenpolitik führt zu einer zunehmenden Aushöhlung und Entwertung der Demokratie. Nicht zuletzt durch internationalen Druck wurden Regierungen in Griechenland und Italien abgesetzt und durch Regierungen von „Technokraten" ersetzt, um „die Märkte" zu beruhigen. Diese Regierungen treffen weit reichende Entscheidungen, ohne durch Wahlen legitimiert zu sein. Eine angekündigte Volksabstimmung zur Sparpolitik in Griechenland wurde auf Druck herrschender Kräfte kurzerhand wieder abgesagt. Wahlen werden sinnlos, wenn die großen Parteien wie zuletzt in Portugal und Spanien im Wesentlichen die gleiche Politik vertreten. Kompetenzen werden von der nationalen auf die EU-Ebene verlagert, ohne dass eine adäquate demokratische Kontrolle der Tätigkeit von EU-Institutionen wie der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank oder des Europäischen Gerichtshofs möglich ist. Wir beobachten mit großer Sorge das Erstarken nationalistischer, rassistischer und faschistischer Kräfte in verschiedenen Ländern Europas.

Doch die herrschende Politik ist nicht alternativlos. Eine substanzielle Alternative ist allerdings nur möglich, wenn die Ursachen der Krise richtig erkannt werden. Die staatliche Verschuldungskrise ist nur ein Aspekt der gegenwärtigen Krise in Europa. In ihr überlagern sich die Widersprüche der europäischen Integration (ungleiche Entwicklung, gemeinsame Geldpolitik ohne gemeinsame Lohnpolitik, Steuerpolitik und Industriepolitik) mit einer strukturellen Überakkumulation von Kapital. Es gibt zu viel Kapital, gemessen an den Möglichkeiten, Arbeit und Natur noch weiter auszubeuten.

Eine alternative Strategie der Krisenbekämpfung müsste zunächst folgende Elemente umfassen:

- **Keine Ratifizierung des Fiskalpaktes:** Der Fiskalpakt bedeutet eine weitere Entdemokratisierung, schreibt neoliberale Politik fest und verschärft die Krise.
- **Streichung der Staatsschulden:** In einem öffentlichen Schuldenaudit muss geklärt werden, wie die Schulden zustande gekommen sind und wer die Besitzer der Staatsanleihen sind. Die Schulden der einen sind das Vermögen der anderen. Die Ersparnisse und Rentenansprüche der breiten Masse der Bevölkerung müssen gesichert werden, doch die Zins- und Tilgungsansprüche der Reichen, der Banken, Hedge Fonds und Konzerne müssen annulliert werden.
- **Vergesellschaftung der Banken:** Banken, die mit öffentlichen Geldern gerettet werden, müssen vergesellschaftet werden. Banken, die „to big to fail" sind, müssen entflochten werden.
- **Radikale Umverteilung von Einkommen und Vermögen:** Wir benötigen eine Finanztransaktionssteuer, eine Steigerung der Steuern auf Kapitalerträge, eine Wiederein-führung der Vermögenssteuer und eine weitaus stärkere Progression in der Einkommensteuer, um zu einer nachhaltigen Finanzierung der Staatsausgaben zu gelangen, die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen, die Sozialleistungen zu erhöhen und sozial und ökologisch notwendige öffentliche Investitionen zu ermöglichen sowie die globale Armut zu bekämpfen.
- **Überwindung der Massenarbeitslosigkeit** Die Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Lohnsenkungen sind wichtige Gründe für sinkende Lohnquoten und die Entstehung von überschüssigem Kapital, das den Finanzsektor aufbläht. Schluss mit Manipulationen der Arbeitslosenstatistik. Die Massenarbeitslosigkeit kann nur durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung und beseitigt werden.
- **Demokratisierung der Demokratie:** Die Demokratie muss auf allen Ebenen, insbesondere auf der europäischen Ebene gestärkt werden. Sie muss auch den Bereich der Wirtschaft umfassen. Es kann nicht sein, dass die Demokratie an den Werkstoren und vor den Banken endet und dass eine kleine Gruppe privat über den Produktionsapparat verfügt, von dessen Entwicklung das Leben der Menschheit abhängig ist.

Der „arabische Frühling", die Bewegung der „Empörten" in Spanien, die zahlreichen Streiks und Demonstrationen in Griechenland sowie die von den USA ausgehende weltweite „Occupy"-Bewegung haben Mut gemacht. Es ist höchste Zeit, die Proteste zu verstärken und auch dorthin zu tragen, wo die europäische Krisenpolitik maßgeblich bestimmt wird. **Wir rufen daher zu den globalen dezentralen Protestaktionen am 12. Mai sowie zu den europäischen Protestaktionen, die am 17.-19. Mai 2012 in Frankfurt am Main stattfinden werden, auf.**

Anne Karrass

Der Fiskalvertrag

Sturm im Wasserglas oder Gefahr für Demokratie und Sozialstaatlichkeit?

Nach nicht einmal zweimonatigen Verhandlungen einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs – mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien – am 30. Januar dieses Jahres auf einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag zur verstärkten haushalts- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit. Die Meinungen, wie dieser Fiskalvertrag einzuschätzen ist, gehen weit auseinander. Während Angela Merkel von einer Meisterleistung spricht und Guido Westerwelle darin „*ein wichtiges Signal für eine solide und nachhaltige europäische Haushaltspolitik*“ sieht, „*die neues Vertrauen bei Bürgern und Märkten schafft*“(1), warnen die Gewerkschaften, dieser Vertrag sei eine Gefahr für den Sozialstaat und die Demokratie (2). Immer öfter hört man jedoch auch Stimmen, die den Vertrag als zahnlos oder überflüssig bezeichnen. So titelt die FAZ „*Mogelpackung Fiskalpakt*“ (3) , die EZB warnt vor einem Gummi-Pakt (4) und Daniel Gros, Direktor des Brüsseler Centre for European Policy Studies, spricht von einem „Sturm im Wasserglas“, da alles, was im Vertrag stehe, ohnehin bereits durch andere europäische Rechtsakte umgesetzt und somit gültig sei. (5)

Würde die letztgenannte Position zutreffen, könnten gewerkschaftliche und linke Proteste sich auf andere Projekte des europäischen „Krisenmanagements“ konzentrieren, Bedarf gibt es ja leider genug.

Aber ist diese herunterspielende Einschätzung des Fiskalvertrags berechtigt? Um dies herauszufinden, muss man sich in die Tiefen der Vertragsartikel begeben.

Der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (so der offizielle Titel des Fiskalvertrags) besteht aus fünf Teilen.

Der wichtigste Teil – der „Fiskalpakt“ – umfasst die haushaltspolitischen Vorgaben. Hierbei geht es zum einen um die Verankerung von Schuldenbremsen, zum anderen um eine Verschärfung der bereits gültigen haushaltspolitischen Vorschriften, des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Zwangs-Schuldenbremsen für alle

Die wichtigste Neuerung des Fiskalvertrags im Vergleich zu den bestehenden europäischen Regeln ist, dass alle Vertragsstaaten eine Schuldenbremse einführen müssen. Auf Grundlage der bestehenden EU-Verträge dürfen die Staaten hierzu nicht gezwungen werden (6). Der Fiskalvertrag ist umso zwingender. Artikel 3 legt fest, dass die Staaten sich auf einen mindestens ausgeglichenen Haushalt verpflichten müssen. Dies gilt als erreicht, wenn das strukturelle Defizit 0,5% des BIP zu Marktpreisen nicht überschreitet, bei Ländern mit einem Schuldenstand von weniger als 60% darf es maximal 1% betragen.(7) Höhere Defizite dürfen nur in Ausnahmefällen vorkommen, die im Laufe der Vertragsverhandlungen immer enger gefasst wurden: Die Möglichkeit mit höheren Defiziten „*konjunkturelle Auswirkungen*“ aufzufangen war nur in den ersten Entwürfen enthalten, in der Endfassung sind Defizite nur noch bei einem außergewöhnlichen Ereignis, „*das sich der Kontrolle der betreffenden Vertragspartei entzieht*“ oder bei einem „*schwerwiegenden Wirtschaftsabschwung*“ erlaubt (Art. 3, Abs. 3).

Um die Schuldenbremse einzuhalten, müssen die Vertragsstaaten einen Korrekturmechanismus einrichten, der bei einer (drohenden) Verfehlung der Schuldenbremse automatisch (!) ausgelöst wird. Seine genaue Ausgestaltung wird sekundärrechtlich geregelt, vertraglich festgelegt ist jedoch bereits, dass die Kommission „*Art, Umfang und Zeitrahmen der zu ergreifenden Korrekturmaßnahmen*“ (Art. 3, Abs. 2) festlegt. Den nationalen Parlamenten bleibt somit wenig Spielraum.

Die Schuldenbremsen müssen innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags auf Verfassungs- oder vergleichbarer Ebene dauerhaft und verbindlich festgelegt werden. An diesem Punkt wird oft von einer Verwässerung gesprochen, da die Bundesregierung ursprünglich darauf bestanden hatte, dass die Schuldenbremsen in den Verfassungen verankert werden. Für mehr als die Hälfte der Euroländer ist dies jedoch schwierig, weil die nötigen Mehrheiten im Parlament fehlen oder die Verfahren zur Änderung der Verfassung sehr kompliziert sind.

Die größte Hürde stellt Irland dar, hier wäre eine Volksabstimmung nötig, die man in jedem Fall vermeiden will. Daher einigte man sich auf die Formulierung „*durch verbindliche und dauerhafte – vorzugsweise verfassungsrechtliche – Bestimmungen oder andere Bestimmungen […], deren uneingeschränkte Beachtung und Einhaltung im gesamten einzelstaatlichen Haushaltsverfahren gewährleistet ist*“ (Art. 3, Abs. 2). Dass die Schuldenbremse durch einen Regierungswechsel nicht einfach außer Kraft gesetzt wird, dafür werden die Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) sorgen. Der Fiskalvertrag sieht vor, dass der EuGH prüfen darf, ob die Schuldenbremse angemessen in nationales Recht verankert wurde (jedoch nicht, ob sie eingehalten wird (8) . Wenn er zu einer gegenteiligen Einschätzung kommt und der betroffene Staat keine Nachbesserungen vornimmt, droht eine Geldbuße bis hin zu 0,1% des BIP, um auf diese Weise Druck auf die Staaten auszuüben. Damit das Gericht tätig wird, müssen sich allerdings die Mitgliedstaaten gegenseitig verklagen, was eher unwahrscheinlich ist. Daher wollte die Bundesregierung der Kommission, die hier sehr viel eifriger ist, ein eigenes Klagerecht verschaffen. Juristisch wäre dies jedoch so schwierig zu implementieren (hierfür müssten die bestehenden EU-Verträge geändert werden), dass die Kommission letztlich nur ein indirektes Klagerecht erhalten hat. Sie schreibt Berichte über die angemessene Einführung der Schulden-bremse. Wenn sie zu einem negativen Ergebnis kommt, sollen die anderen Mitgliedstaaten das betroffene Land verklagen (Art. 8, Abs. 1). Damit dies tatsächlich geschieht, wird bis zur Unterzeichnung des Vertrags im März ein genaues Verfahren festgelegt, bei dem z.B. das Land klagen muss, das die Ratspräsidentschaft innehat.

Um den Druck auf die Mitgliedstaaten, die Schuldenbremse in besagter Form einzuführen, noch weiter zu erhöhen, bestand die Bundesregierung erfolgreich darauf, den Fiskalvertrag mit dem Vertrag über den permanenten Rettungsschirm (ESM) zu verknüpfen. Geld aus dem ESM bekommt künftig nur noch, wer den Fiskalvertrag bis zum 1.3.2013 ratifiziert und die Schuldenbremse ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags implementiert hat.

Weitere Automatisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Schon seit Einführung des Euro dürfen die Defizite der Mitgliedstaaten die Marke von 3% nicht überschreiten, sonst drohen ein Defizitverfahren und in letzter Instanz finanzielle Sanktionen – so steht es im Vertrag und auch im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der SWP wurde bereits im letzten Jahr strenger gefasst, durch weitere Verordnungen, die aufgrund ihrer Anzahl den Namen „SixPack“ erhielten. Einige dieser Verschärfungen werden auch im Fiskalvertrag wieder aufgegriffen. Dies betrifft zum einen die „*automatischen Sanktionen*“. Vorschläge der Kommission zum Defizitabbau oder zur Verhängung von Geldstrafen, wenn ihre Vorschläge nicht umgesetzt wurden, gelten demnach

automatisch, wenn sich nicht eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat dagegen ausspricht (zuvor musste sich eine Mehrheit *dafür* aussprechen).

Der Fiskalpakt geht hier aber noch einen Schritt weiter als das SixPack. Die „*umgekehrte qualifizierte Mehrheit*“ gilt künftig auch für die Einleitung des Defizitverfahrens, d.h. für die Feststellung, ob ein Land das Defizitkriterium von 3% unzulässiger weise verletzt (Art. 7). Dies ist eine wichtige Neuerung, da diese Feststellung die Voraussetzung für alle weiteren Schritte und letztlich für Sanktionen ist. In Zukunft ist daher häufiger und schneller mit solchen Verfahren zu rechnen. Die bestehenden EU-Verträge schreiben dies explizit anders fest, weshalb es für diese Regel den neuen Vertrag braucht (wobei unklar bleibt, wie beide Verträge sich zueinander verhalten).

Auch die Schuldenabbauregel (Mitgliedstaaten, deren Schuldenstand mehr als 60% des BIP beträgt, müssen die diesen Wert übersteigenden Schulden um 1/20 pro Jahr abbauen) wird aus dem SixPack in den Vertrag übernommen. Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dieses Verfahren zu verschärfen, indem auch für die Feststellung des übermäßigen Schuldenstands die umgekehrte qualifizierte Mehrheit gilt, konnte sich hiermit jedoch – insbesondere gegen Italien und Frankreich – nicht durchsetzen.

Das gleiche gilt für die Frage, ab wann mit dem Schuldenabbau begonnen werden muss. Im SixPack ist geregelt, dass alle Euroländer, die am 8.11.2011 im Defizitverfahren waren, die Schuldenabbauregel erst drei Jahre nach dem Jahr anwenden müssen, in dem ihr Defizit wieder unter 3% liegt. Dieser Übergangszeitraum, der für alle Euroländer gilt - da im November 2011 alle mit Ausnahme von Luxemburg, Finnland und Estland (deren Schuldenstand unter 60% liegt) im Defizitverfahren waren (9) – sollte durch den Vertrag eigentlich wegfallen, kam durch den Verweis auf die entsprechende Regel im SWP jedoch wieder hinein.(10)

Fazit: Deutlich mehr als ein Sturm im Wasserglas

Die haushaltspolitischen Regelungen im Fiskalvertrag sind keineswegs ein Sturm im Wasserglas. Im Gegenteil. Die Verpflichtung auf die Einführung von Schuldenbremsen ist sehr hart; haben die Mitgliedstaaten sie einmal eingeführt, wird es kaum möglich sein, sie wieder abzuschaffen. Man müsste nicht nur die parlamentarischen Mehrheiten zur Änderung der nationalen Verfassung erlangen, sondern auch auf europäischer Ebene einen einstimmigen Beschluss der Unterzeichner des Fiskalvertrags erzielen, um diesen wieder zu ändern. Das gilt auch für die Verschärfungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Durch die „*automatischen Sanktionen*“ soll eine politische Einflussnahme und dadurch befürchtete „Verwässerung“ der Defizitregeln vermieden werden. Darin wird die Grundidee des Fiskalpakts abermals deutlich: Um alle Staaten zu einer harten Kürzungs- und Austeritätspolitik zu zwingen, werden politische, demokratisch-legitimierte Handlungsspielräume beschnitten. Es werden also automatische Sanktionen und Korrekturmechanismen eingeführt, die auch durch wechselnde Mehrheiten kaum mehr veränderbar sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass die demokratischen Prinzipien zugunsten einer einseitigen „Haushaltsdisziplin“ beschnitten werden. Die nationalen Parlamente sollen keine Politik zum Wohle ihrer Bevölkerung machen, was in bestimmten Phasen (z.B. mit wirtschaftlich schwacher Entwicklung) oder für bestimmte Projekte (wie z.B. der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau) durchaus auch Defizite rechtfertigt. Stattdessen wird alles dem Ziel des ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalts untergeordnet. Da der Einnahmebereich im Fiskalvertrag völlig ausgespart wird und der Steuerwettbewerb in der EU somit ungehindert weitergeht, sind die Folgen des Paktes absehbar: Senkung von Renten und Sozialleistungen, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst und Privatisierungen.

Hiermit wird klar: Dieser Fiskalvertrag ist – leider – kein Sturm im Wasserglas. Vielmehr stellt er eine reale Gefahr für die Demokratie und den Sozialstaat dar. Bisher ist er allerdings noch nicht unterzeichnet und auch nicht ratifiziert, weshalb Protest möglich und nötig ist. Die Gewerkschaften hatten bereits zu einem Aktionstag am 29. Februar, dem Tag vor der Unterzeichnung aufgerufen. Viele nationale Protestaktionen zur Verhinderung der Ratifizierung müssen folgen.

----

(1) Außenminister Westerwelle begrüßt Ergebnisse des Europäischen Rats, Pressemitteilung vom 31.01.2012
(2) http://www.dgb.de/themen/++co++45272bd2-466c-11e1-79b6-00188b4dc422
(3) FAZ vom 17.1.2012
(4) Notenbanker warnt vor Gummi-Pakt, SPIEGEL-Online vom 12.01.2012
(5) Zitiert auf http://www.mdr.de/nachrichten/eu-gipfel122.html
(6) „*Nach Ansicht der Bundesregierung ist eine verlässliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einführung und Umsetzung nationaler Schuldenbremsen, wie sie am 9. Dezember 2011 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde, auf Grundlage der europäischen Verträge durch Sekundärrechtsakte nicht möglich*“ (Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage von Alexander Ulrich, 26.01.2012).
(7) Im SixPack ist die Verpflichtung auf ein strukturelles Defizit von 1% des BIP enthalten, jedoch mit anderen Verfahren zur Einhaltung versehen.
(8) Die Bundesregierung wollte ursprünglich, dass Mitgliedstaaten auch wegen mangelnder Einhaltung der Schuldengrenze vor dem EuGH verklagt werden können, konnte sich damit jedoch nicht gegen Frankreich und viele andere durchsetzen, weshalb diese Aufgabe den nationalen Gerichten obliegt.
(9) http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/sgp/deficit/index_en.htm
(10) So auch die Interpretation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages: Die „Ein-Zwanzigstel-Regelung“ im Entwurf des Vertrages über einen Fiskalpakt und in der Verordnung (EU) 1177/2011, 19.01.2012

Quelle: http://www.gegenblende.de/13-2012/++co++01a3472a-6143-11e1-6d54-001ec9b03e44



Irland: Die Iren sollen am 31. Mai in einem Referendum über den EU-Fiskalpakt abstimmen. Kampagne für die Ablehnung des Fiskalpakts:
http://www.campaignforasocialeurope.org/

Analysen des Europäischen Fiskalpaktes:
http://www.nachdenkseiten.de/?p=12819 (Wolfgang Lieb)
http://www.wege-aus-der-krise.at/news/europaeischer-fiskalpakt-kuerzen-fuer-immer.html

Video zum ESM: http://www.youtube.com/watch?v=wv50qKHXUI8

Weitere Hinweise: http://www.tni.org/category/issues/global-economic-justice
http://www.jointsocialconference.eu/ (Tagung Ende März, Abschlusserklärung u.a.m.)
http://ineteconomics.org/conference/berlin (Tagung vom 12. bis 15.April in Berlin mit Stiglitz u.a.m.)
http://www.die-linke.de/politik/themen/eurokriseprofiteurezurkasse/

Verdi – Wirtschaftspolitik: Material unter http://wipo.verdi.de/broschueren / **GEW** ruft zur Teilnahme an den *Europäischen Aktionstagen vom 17. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main auf::* www.gew.de/Eurokrise.html

Aufruf

Demokratie statt Fiskalpakt

Krisenlösung und Europa gehen nur ganz anders

Frühjahr 2012. Merkel und Sarkozy eilen von Gipfel zu Gipfel, um den Euro zu retten. Der Boulevard hetzt gegen die Menschen in Griechenland. Der Kampf um die Krisenlösung spitzt sich dramatisch zu: Bis Anfang 2013 will ein **autoritär-neoliberales Bündnis** aus Kapitalverbänden, Finanzindustrie, EU-Kommission, deutscher Regierung und weiteren Exportländern den jüngst in Brüssel beschlossenen ‚Fiskalpakt' im Schnellverfahren durch die Parlamente bringen. **Der Fiskalpakt verordnet eine sozialfeindliche Sparpolitik und umfasst Strafen gegen Länder, die sich dieser Politik widersetzen**. Der Fiskalpakt schränkt damit demokratische Selbstbestimmung weiter ein. Er ist vorläufiger Höhepunkt einer autoritären Entwicklung in Europa.

Wir sind diese unsoziale und anti-demokratische Politik ebenso leid wie die rassistischen Attacken auf die griechische Bevölkerung. Reden wir stattdessen von den menschenverachtenden Folgen dieser Politik. Reden wir über die autoritäre Wende Europas und deutsche Niedriglöhne als Krisenursache. Reden wir vom unangetasteten Vermögen der Wenigen und dem Leid der Vielen. Reden wir von unserer Bewunderung für den Widerstand und die Solidarität in der griechischen Bevölkerung. Fordern wir das Selbstverständliche: **Echte Demokratie und ein gutes Leben in Würde für alle – in Europa und anderswo.**

Die Krise in Europa ist die Spitze eines Eisbergs. Darunter liegt eine tiefe Strukturkrise des Kapitalismus. Zu viel Kapital ist auf der Suche nach Profit. Doch die Profitraten sind niedrig: Die Konkurrenz ist zu groß und die Löhne zu gering. Schuldenfinanziertes Wachstum und Spekulationsblasen konnten den Ausbruch der großen Krise nur verzögern. Nun propagiert das autoritär-neoliberale Bündnis das radikalisierte Weiter-so: Spekulationsverluste sozialisieren – durch dauerhaften Schuldendienst der Lohnabhängigen. Die Profitrate soll gesteigert werden – durch prekäre Arbeitsverhältnisse, Lohn- und Rentenkürzungen, Sozialabbau und Privatisierung. **Die Folgen sind drastisch und was in Griechenland passiert, droht ganz Europa:** Massenarbeitslosigkeit, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, zerfallende Gesundheitssysteme, die Zunahme psychischer Erkrankungen und eine sinkende Lebenserwartung.

Derartige Maßnahmen können nur autoritär durchgesetzt werden.
Der Putsch Pinochets in Chile 1973, die IWF-Programme in afrikanischen Staaten der 1980er Jahre und die Transformation im Osteuropa der frühen 1990er Jahre sind historische Vorläufer für Fiskalpakt & Co: Es sind **Schockstrategien**. Mit vielen Opfern erkämpfte, soziale und demokratische Prinzipien werden durch den Fiskalpakt in atemberaubendem Tempo abgeschafft, um den Schuldendienst zu sichern und die Profitraten zu steigern. In Italien und Griechenland setzen nicht-gewählte Technokraten-Regierungen mit Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfern jene Spardiktate durch, die in Brüssel, Frankfurt und Berlin von männerdominierten ‚Experten'-Gruppen beschlossen werden. Der Fiskalpakt und das Gesetzespaket zur 'Economic Governance' verleihen Organen wie EU-Kommission, Europäischem Gerichtshof und Europäischer Zentralbank, die jenseits demokratischer Kontrolle agieren, mehr und mehr Macht. Es ist perfide: Um demokratische Entscheidungen gegen die neoliberale Orthodoxie zu verhindern, verstärkt der Fiskalpakt das Diktat der Finanzmärkte durch Strafzahlungen an die EU.

Wie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gewinnen **chauvinistische und faschistische Kräfte** an Einfluss, in Ungarn, Österreich, Finnland und anderswo. Geschichtsvergessen macht die deutsche Regierung mit ihrer kompromisslosen Austeritätspolitik reaktionäre Krisenlösungen immer wahrscheinlicher.

Weltweit toben Kämpfe gegen diese Politiken, vom Syntagma-Platz in Athen über den Tahrir-Platz in Kairo und den Zuccotti-Park in New York bis zur Puerta del Sol in Madrid. Die Bewegungen von Flüchtlingen und Wanderarbeiter_innen, mit denen diese die Außengrenzen Europas überqueren, sind Teil dieser Kämpfe um ein gutes Leben. Diese Kämpfe müssen grenzüberschreitend und in den ‚Zentren' des autoritär-neoliberalen Bündnisses geführt werden, in Paris, Brüssel, Frankfurt und Berlin.

Wir rufen deshalb zur Beteiligung an den kommenden Protesten auf, darunter der europäische Aktionstag am 31. März, der **Global Day of Action am 12. Mai** und die **internationale Mobilisierung nach Frankfurt a.M. vom 17.-19. Mai**. Wir setzen damit auf eine **alternative Krisenlösung**:

- Fiskalpakt nicht ratifizieren, das EU-Gesetzespaket zur 'Economic Governance' zurücknehmen;
- Staatsschulden streichen, Kapitalverkehrskontrollen einführen und Banken in öffentliche Dienstleister umwandeln;
- gesellschaftlichen Reichtum durch ein neues Steuersystem von oben nach unten umverteilen;
- mit einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm soziale Infrastruktur ausbauen und ökologischen Umbau vorantreiben;
- Arbeitszeit verkürzen;
- Politik und Wirtschaft auf allen Ebenen radikal demokratisieren;
- die rassistische Politik der Grenzabschottung beenden, Bleiberecht und Papiere für alle.

Gegen die autoritär-neoliberale EU der Wenigen setzen wir ein demokratisches und sozial-ökologisches Europa der Vielen!

http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org/

Attac Deutschland: Fiskalpakt stoppen! - Keine Selbstentmachtung der Parlamente!

Am 25. Mai soll der deutsche Bundestag den europäischen Fiskalvertrag ratifizieren.
http://www.fiskalpakt-stoppen.de/aktuell/eurokrise/fiskalpakt/10-fragen/

Wir können etwas dagegen tun *– mit wenigen Klicks unter* www.fiskalpakt-stoppen.de *:*
Schreiben Sie an Ihre/n Wahlkreisabgeordnete und fordern Sie ihn/sie auf, der Ratifizierung nicht zuzustimmen.
*Nehmen Sie auch an der europäischen Demonstration am 19. Mai in Frankfurt teil (*www.attac.de/aktuell/eurokrise/maiproteste/*).*

Fred Schmid, isw

Die 3-fache Umverteilung von unten nach oben

Einkommen und Vermögen: Woher kommt die skandalöse Ungleichheit



Quelle:Tlaxcala

Fast alle Ökonomen sind sich einig, dass die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen eine entscheidende Ursache der Finanzkrise ist. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen von Bedeutung, denn die Veränderung der beiden verlangt unterschiedliche politische Instrumente.
Die SEKUNDÄRverteilung ist z.B. durch das Steuer- und Ausgabensystem bestimmt. Dahinter verbirgt sich auf beiden Seiten ein Klassenproblem: wer zahlt die Steuern, für wen sind die Ausgaben von Vorteil? Politische Kämpfe können das Primat fortschrittlicher Politik über die Ökonomie durchsetzen und damit z.B. ein umverteilendes Steuersystem durchsetzen.
*Die PRIMÄRverteilung, also die **URverteilung**, ist letztlich durch das Eigentumssystem an Produktionsmitteln bestimmt. Zwar kann sie z.B. durch Streiks und kräftige Lohnerhöhungen ein wenig korrigiert werden, aber nur, wenn die Inflation nicht dazwischen kommt und die ökonomischen Machtverhältnisse für die Lohnabhängigen günstig sind. Eine **grundlegende** Änderung wird nur durch eine Veränderung der Vermögensverhältnisse (z.B. des Erbrechts) möglich sein - und letztlich auch nur dadurch, dass die Eigentumsfrage gestellt wird.*
***isw-München** hat in der Broschüre „Die Herren des Geldes“ einige Informationen zur Begriffsklärung zusammengestellt.(die SiG-Red.)*

1. Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital

Die Primärverteilung ist gewissermaßen die **Urverteilung** im Kapitalismus. Sie bzw. ihre Entwicklung widerspiegelt das **Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital**. Jeder Euro, um den der Kapitalist den Lohn der Arbeiter drückt, erhöht unmittelbar entsprechend seinen Profit.

Das Statistische Bundesamt berichtet die Primärverteilung im Rahmen seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Das dort aufgeführte Volkseinkommen (= BIP minus Abschreibungen und minus indirekte Steuern) setzt sich zusammen aus Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die prozentualen Anteile werden als Lohnquote bzw. Gewinnquote bezeichnet.
In Deutschland (auch den USA und den meisten Industrieländern) ist im Rahmen der neoliberalen Angebotsorientierung seit dem Jahr 2000 eine drastische Umverteilung von den Arbeitnehmerentgelten zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen festzustellen. Von 2000 bis 2011 verloren die Arbeitnehmereinkommen fünf Prozentpunkte, in manchen Jahren sogar fast acht (2007).

Um die entsprechende Prozentzahl stiegen die Gewinn- und Vermögenseinkommen an: Von 27,9 auf 32,8 %. In den Zahlen drückt sich die Lohnzurückhaltung aber auch Zurückdrängung der Gewerkschaften aus. Im Zuge der Globalisierung, der Osterweiterung der EU und auch der Finanz- und Wirtschaftskrisen ist ihre Tarifmacht geschwunden. In der BRD drückt sich das vor allem im Rückgang der Reallöhne und dem niedrigsten Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber allen anderen EU-Ländern aus.
Für die Arbeitnehmer war die Dekade, in der sich das Millionärsvermögen verdoppelte, ein verlorenes Jahrzehnt. Der einzelne Arbeitnehmer musste gegenüber dem Jahr 2000 im Durchschnitt einen Reallohnverlust von fast drei Prozent hinnehmen; das heißt: diejenigen, die allen Reichtum schufen, konnten ihren eigenen Lebensstandard kaum halten.
Für die Arbeitnehmer hatte das gravierende Verteilungsverluste zur Folge. Wären 2010 die Verteilungsrelationen noch die gleichen wie im Jahr 2000, dann wären die Arbeitnehmerentgelte allein in diesem Jahr um gut 100 Milliarden Euro höher ausgefallen. **Der daraus resultierende Kaufkraft- und Nachfrageschub wäre weit wirkungsvoller gewesen als der Stimulus, der von den beiden Konjunkturprogrammen der Bundesregierung ausging**, deren Umfang gerade mal 80 Milliarden Euro, bezogen auf zwei Jahre, ausmachte. Addiert man die Verteilungsverluste der einzelnen Jahre (Umverteilung über die sinkende Lohnquote) und jeweils im Vergleich zu den Verteilungsrelationen von 2000 zusammen, dann ergibt sich bis 2011 eine Summe von 920 Milliarden Euro. **Fast eine Billion weniger wurde an Arbeitnehmerentgelt ausbezahlt, weil sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals verschoben hatte**. In derselben Höhe sind die Gewinn und Vermögenseinkommen zusätzlich gestiegen.

Aber nicht nur die Lohnempfänger sind die Verlierer dieser Umverteilung von unten nach oben, sondern auch die **Sozialkassen** und damit Rentner, Kranke, Arbeitslose, Pflegebedürftige. Denn der Posten "Arbeitnehmerentgelt" setzt sich zusammen aus Bruttolöhnen und -gehältern und Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.
Nimmt man hier die Relationen des Jahres 2000 und überträgt sie auf die folgenden Jahre, dann hätten die Unternehmer für den Zeitraum 2000 bis 2011 626 Milliarden Euro mehr Löhne und Gehälter zahlen und 293,8 Milliarden Euro mehr an die Sozialkassen abführen müssen (zusammen wiederum knapp 920 Milliarden Euro). Bei letzterem Posten profitierten die Unternehmer nicht nur von den niedrigeren Bruttolöhnen, sondern auch von der **Entlastung der Lohnnebenkosten** durch die Bundesregierung. Von den 293,8 Milliarden hätten sich ordentliche Rentenerhöhungen und Verbesserungen im Gesundheitssystem finanzieren lassen.

2. Sekundärverteilung:

Vom Brutto zum Netto: Fiskalpolitische Verteilungsrunde über die Steuern

Die zweite Verteilungsrunde schließt sich unmittelbar an die erste an. Jetzt kommt der Staat mit ins Spiel, indem er den beiden Bezieher-Gruppen des Volkseinkommens - Arbeitnehmer und Unternehmer/Selbstständige - – Einkommensteuern abverlangt. Aus Bruttolöhnen werden dadurch Nettolöhne, aus Bruttogewinnen Nettogewinne. Und eine Umverteilung findet auch über die sogenannten Massensteuern (Umsatz und Verbrauchsteuern) statt.
Im Ablauf dieser Sekundär-Verteilungsrunde spiegelt sich im vergangenen Jahrzehnt die zunehmende neoliberale Angebotsorientierung wider. Im **Steuerwettlauf** mit anderen Staaten **nach unten** wurden Gewinn- und Vermögensteuern gekappt; der Anteil der **Massensteuern**, vor allem der Umsatz- und Verbrauchsteuern dagegen **stieg**. Deutschland wurde immer mehr zum Steuerparadies für Reiche und Konzerne. Bei Gewinn- und Vermögensteuern weist Deutschland im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Abgabenquote aus. Bei der Besteuerung von Kapital ist es in der EU an vorletzter Stelle. Bei Steuern auf Vermögen ist es im internationalen Vergleich ebenfalls an vorletzter Stelle (vgl. isw-wirtschaftsinfo 44 "Bilanz 2010 – Ausblick 2011", S. 40f). Der Steuerbelastung von deutschen Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) weist die OECD im EU-Rahmen den untersten Rang zu.
Das vergangene Jahrzehnt war in **Deutschland eine Dekade der Steuergeschenke an Konzerne und Reiche**.
Die Regierungen von Rot-Grün über die Große Koalition bis Schwarz-Gelb betrieben im gesamten Jahrzehnt eine extreme Steuergestaltung zugunsten einer Umverteilung von unten nach oben. Mit der Folge, dass die **Polarisierung** der Gesellschaft in Arm und Reich rasant zunahm.
Schlaglichtartig seien hier die verschiedenen "Steuerreformen" in Erinnerung gerufen

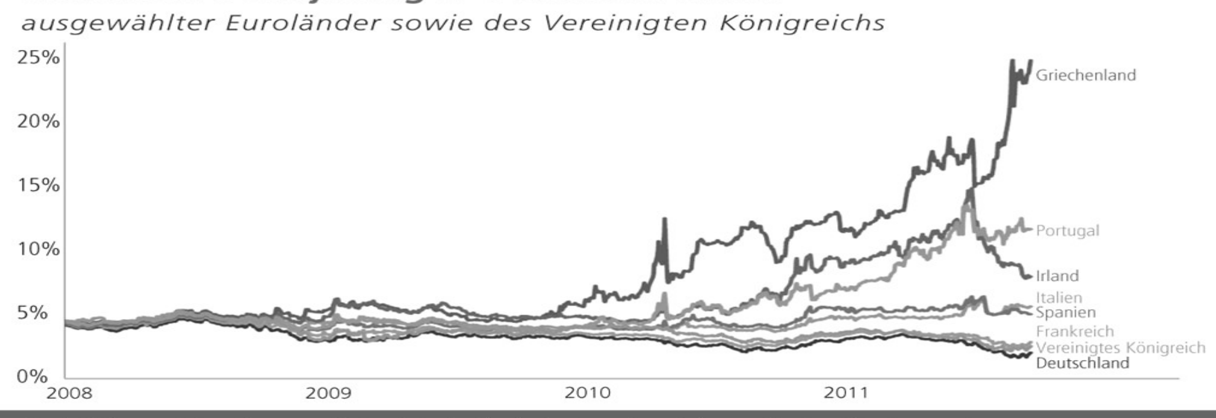
- Mehrmalige Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer um insgesamt 11 Prozentpunkte: 1999: 53 %; seit 2006: 42 %. Spitzenverdiener haben dadurch jährlich insgesamt um ca. 12 Milliarden Euro höhere Nettoeinkommen – entsprechend hoch der Steuerausfall für den Fiskus.
- Mehrmalige Senkung des Körperschaftsteuersatzes, also der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften: Aktiengesellschaften und GmbHs. Von ehemals 56 % 1977 – 1989; 45 % 1994 – 1998; ab 2001: 25 %; ab 2008: 15 % (einschließlich Gewerbesteuer: 29,51 %). Dadurch hat die Körperschaftsteuer trotz rasant gestiegener Profite der Kapitalgesellschaften nie wieder das Aufkommen des Jahres 2000 erbracht. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen ist auf das Niveau einer Bagatellsteuer geschrumpft. 2010: 1,9 %.
- Begünstigung der Bezieher hoher Zins- und Kapitalerträge durch eine einheitliche 25%-ige Abgeltungsteuer ab 2009. Zins- und Kapitalerträge wurden bis dahin mit dem persönlichen Steuersatz belastet. So muss ein Einkommens-Millionär, der seine Million mit Spekulation und Kapitaleinkünften macht, für diese nur 25 % Abgeltungsteuer bezahlen. Würde er die Million mit vergleichsweise ehrlicher Arbeit verdienen, wären darauf ab 52.000 Euro 42 % und ab 250.000 sogar 45 % Einkommensteuer fällig.
- Begünstigung von Großerben und Firmenerben durch die Erbschafsteuerreform, die seit 2009 in Kraft ist. Dadurch ist

das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer trotz gestiegener Erbschaftsvolumina um jährlich etwa eine halbe Milliarde gefallen.
- Das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der schwarz-gelben Regierung u.a. mit Nachbesserungen bei Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform und Steuervergünstigungen für Hoteliers. Jährliche Steuerausfälle ca. 8 Milliarden Euro.
- Hinzu kommt die Regelung mit Verlustvorträgen, wodurch die Unternehmen auf Jahre hinaus noch Verluste von insgesamt 569 Mrd. Euro geltend machen und ihre Gewinne entsprechend frisieren können.

Umgekehrt wurden die sogenannten **Massensteuern** (Mehrwertsteuer, Mineralöl-, Strom-, Tabaksteuer, u.a.) die in die Konsumentenpreise eingehen, erhöht.
Der Anteil der Umsatz- und Verbrauchsteuern – ohne Mineralöl- und Energiesteuern – am gesamten Steueraufkommen, stieg von 34,3 % im Jahr 2000 auf 38,2 % im Jahr 2010 (Schäfer, S. 684).
Addiert man alle Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und das Kapital zusammen, dann kommt man auf gut 50 Milliarden Euro pro Jahr, die dem Fiskus an Steuereinnahmen verloren gehen.

In ihrem "Sondermemorandum 2010" schreibt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: "*Die Steuerreformen haben dem Staat Steuerausfälle im Zeitraum 2000 bis 2010 von insgesamt rund 335 Milliarden Euro beschert. Im Durchschnitt fehlen somit über 30 Milliarden Euro pro Jahr (Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung plus Streichung von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer sind bereits gegengerechnet – F.S.). In den nächsten Jahren werden es sogar deutlich über 50 Milliarden Euro sein. Davon profitieren in erster Linie die Vermögenden."* (S. 2).
Nicht berücksichtigt ist dabei das gigantische Ausmaß der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs und der Steuerflucht. Jens Beckert/Christoph Deutschmann schreiben in dem bereits angeführten Artikel, dass der Trend zur Staatsverschuldung auch darauf zurückgeht, "*dass die staatliche Steuerbasis systematisch untergraben wurde. Durch die Senkungen der Kapital- und Vermögensteuern sowie der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und die jahrzehntelang tolerierte Steuerhinterziehung der Reichen wurden die Staaten in die Schuldenfalle getrieben. Schon im Jahr 2003 schätzte der damalige Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, den Umfang der Steuerhinterziehung auf 60 bis 70 Milliarden Euro; erst recht waren Länder wie Griechenland und Italien nie in der Lage, ihre Eliten angemessen zu besteuern*." (HB, 15.12.11).

3. Zusätzliche Umverteilung
über Zinsen und Finanzmärkte

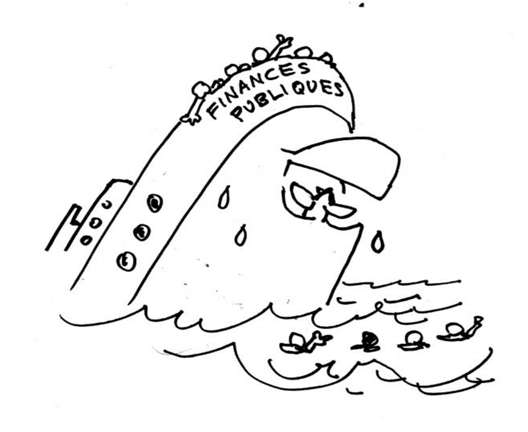


Spekulation auf den Finanzmärkten hat die Zinsbelastung der südeuropäischen Staaten und Irlands in exorbitante Höhen getrieben und so ihre Krise verschärft.
Quelle: Reuters EcoWin (EcoWin Financial)

Ihre Siege bei den primären und steuerpolitischen Verteilungskämpfen ermöglichen der **Geldaristokratie** eine weitere Runde der Bereicherung: der finanzialistischen Verteilung über Zins und Kapitalmärkte. Sie raubt nun mit der Waffe des Zinses die Öffentlichen und Privathaushalte aus. Durch die Senkung der Reallöhne und steigende Arbeitslosigkeit mussten zudem immer mehr Privathaushalte Konsumentenkredite aufnehmen, um ihren Lebensstandard annähernd halten zu können. In den USA, Großbritannien, Spanien und anderen Ländern hat zudem der Immobilien-Hype Millionen Haushalte in die Verschuldung getrieben.

Die Öffentlichen Haushalte wiederum verschuldeten sich, weil sie wegen der Steuer- und Subventionsgeschenke ansonsten ihre Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr hätten finanzieren können.
Die größte staatliche "Subvention" in der Geschichte des Kapitalismus aber war zweifellos die "Bankenrettung" in den Jahren 2007 bis 2009, weil Banken und andere Finanzkonzerne sich verzockt hatten: "Auf 15 Billionen Dollar weltweit werden von der Spiegel-Dokumentation die Kosten für das Banken-Fiasko geschätzt, fast ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung eines Jahres" (Schuhler, Euro-Debakel).

Bankenrettung und weitere Billionen für Konjunkturpakete, um den drohenden Absturz in Rezession oder gar Depression infolge der Finanzkrise zu verhindern, katapultierten die Staatsverschuldung auf Rekordhöhen.
Die staatlichen Retter haben zwar die Finanzindustrie vor dem Kollaps bewahrt, sich dabei aber hoffnungslos verschuldet. Die Rechnung für den Bankencrash müssen nun die Steuerbürger begleichen. Gerettet wurde damit das **System der risikolosen Profitwirtschaft** und der Spitzen-Boni. Die privaten (Bank-) Schulden wurden gewissermaßen gegen staatliche Schulden ausgetauscht. **Der Finanzsektor hat seine Probleme in die Staatshaushalte verlagert**.
In den USA hat die Verschuldung zwischen 2007 und 2010 um 31,6 % zugenommen, in Japan um 32,6 %, in Groß-britannien um 35,2 % und in Deutschland um 21,7 %.
Kein größeres Euroland, das nicht längst die Maastrich-Schuldenlatte von 60 % des BIP gerissen hat. Auch die 90%-Grenze wurde inzwischen von fast allen Industrie-ländern überschritten. Die Ökonomen Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben berechnet, dass Schuldenquoten von 90 Prozent und mehr bezogen auf das BIP die Wohlstands-chancen drastisch verringern und infolge der **Zinslasten den Handlungsspielraum der Regierungen rigoros einengen**.

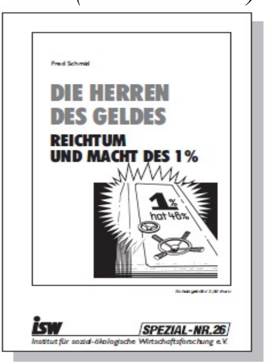


„Die Märkte zuerst!
Zeichnung von F. Feer http://www.audit-citoyen.org/?cat=75

Die Banken und Fonds, die zu Lasten der Steuerzahler gerettet wurden, verdienen prächtig an der ganzen Rettungs-aktion. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschafts-forschung (DIW) schreibt: "*Die Schulden des einen sind die Forderungen des anderen. Die Staatsverschuldung bietet den privaten Sektoren der Volkswirtschaft breite und (zumindest bisher) sichere Anlagemöglichkeiten*." (DIW-Wochenbericht 50/2010, S. 6)
(siehe dazu auch: **"Systemische Verknüpfung vonBanken und Zentralstaat"** – und Fred Schmid: Schulden&Sühne – Thesen zur Schuldenkrise des globalen Kapitalismus; www.isw-muenchen.de/).

In seiner Untersuchung zu "Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz" kommt Bach zu dem Ergebnis, dass **zunehmende Staatsverschuldung und wachsende Geldvermögen miteinander korrespondieren**. "*Öffentliche Armut, privater Reichtum – diese Beschreibung passt auch auf die Entwicklungstrends von Staatsverschul-dung und Staatsvermögen einerseits sowie Privatvermögen andererseits über die letzten Jahrzehnte in Deutschland. Während die privaten Vermögen beträchtlich gestiegen sind, wurde die staatliche Vermögenssubstanz zunehmend ausgezehrt*." (ebenda, S. 8).
Denn die **Geldaristokratie** begnügt sich nicht mit dem Schuldendienst ihrer Untertanen. Gut 60 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr muss der deutsche Staat für seine gesamten Schulden an Finanzinstitute und Geldbürger bezahlen; fast 1000 Euro für jeden erwachsenen Bundesbürger. Dabei profitiert Deutschland sogar noch vom Schuldenfiasko und downgrading der anderen Euro-Staaten. Die Flucht in "sichere" deutsche Staatsanleihen drückt deren Rendite; die Papiere rentieren derzeit mit gerade mal zwei Prozent. Müsste Deutschland seine Staatsanleihen mit einem Prozent mehr verzinsen, würden zusätzlich 20 Milliarden Euro an Zinszahlungen pro Jahr fällig.

Danke an isw, München (SiG-Redaktion)



http://www.isw-muenchen.de/index.html

Weltweiter Aktionstag am12. Mai: http://www.may12.net/, http://www.globalmay.org/

http://www.european-resistance.org/

Widerstand gegen das Spardiktat von Troika und Regierung
Für internationale Solidarität und die Demokratisierung aller Lebensbereiche

17.-19. Mai
europaweite Aktionstage
BLOCKUPY FRANKFURT

Christian Felber

Rettungsprogramm für den Euro

Es gibt eine einfache Rettungsstrategie für den Euro. Doch wird diese von den Regierungen, die derzeit drei verschiedene Rettungsstrategien diskutieren oder schon umsetzen, derzeit nicht einmal diskutiert. Kann der Euro noch gerettet werden? Soll er überhaupt gerettet werden? Diese Fragen führen zu den wirtschaftspolitischen **Konstruktionsfehlern des Euro und den demokratiepolitischen Konstruktionsdefiziten der EU**. Folglich wird in diesem Beitrag nicht nur eine technisch machbare Rettungsstrategie für den Euro aufgezeigt, sondern auch gefragt,

a) welche strukturellen wirtschaftspolitischen Konstruktionsfehler behoben werden müssten, damit der Euro langfristig lebensfähig wäre,
b) ob das beim heute gegebenen Tiefe der Demokratie sinnvoll ist,
c) welche Alternativen es dazu gibt und
d) wie das EU-Projekt von Grund auf demokratisch neu gebaut werden könnte.

1. Wirtschaftspolitische Konstruktionsfehler

Eine Währung ohne Staat hat noch nie funktioniert. „*Erst kommt der Staat, dann die Währung, nicht umgekehrt*", hat der Euroskeptiker Wilhelm Hankel treffend formuliert. „Staat" meint hier, dass zumindest mehrere wichtige Bereiche der Wirtschaftspolitik vergemeinschaftet oder koordiniert werden müssten, damit eine gemeinsame Währung dauerhaft Bestand haben kann. Die alleinige Kooperation auf der Ebene der Währungspolitik ist zu wenig - wenn gleichzeitig der Wettbewerb in der Steuer- und Lohnpolitik fortgeführt wird und eine gemeinsame Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte unterbleibt.
Die drei wichtigsten Fallen für den Euro sind:

1. Fehlende Finanzregulierung:
Zum Teil scheitert es in diesem Politikfeld nicht an der mangelnden Koordination, sondern an den falschen Prioritäten: Der freie Kapitalverkehr, der den Euro gefährdet, ist ja gemeinsamer Beschluss aller 27 EU-Mitgliedstaaten. Dem freien Kapitalverkehr zwischen der EU und allen Drittstaaten ist es zu verdanken, dass der „finanzielle Giftmüll" aus der US-Immobilienblase völlig ungehindert in die EU „einreisen" konnte. Eine vernünftige Regulierung würde die Grenzen für „reales Kapital" (Warenhandel, Tourismus, Direktinvestitionen) öffnen und für spekulatives Kapital (Derivate) sperren. Infolge des Imports des Giftmülls kamen die Banken in Europa ins Wanken und mussten mit Steuerbillionen gerettet und gestützt werden. Das Ausmaß der Bankenhilfen belief sich Ende 2011 auf 4,6 Billionen Euro.
Zweiter gravierender Fehler der Finanzpolitik ist das Fehlen jeder gemeinsamen Aufsicht und (Fusions-)Kontrolle vor der Krise 2008. Kein Mechanismus hat verhindert, dass systemrelevante Banken im EU-Finanzbinnenmarkt entstehen konnten, vielmehr im Gegenteil: Ziel des EU-Finanzbinnenmarktes war die Heranzucht „global wettbewerbsfähiger" Banken. Doch zwischen „global wettbewerbsfähig" und „systemrelevant" kann getrost ein Ist-gleich-Zeichen gesetzt werden. Systermrelevante Banken eliminieren jedoch gleich drei Säulen einer freien Marktwirtschaft: gleiches Konkursrecht für alle, gleicher und fairer Wettbewerb sowie Eigentümerverantwortung (im Falle des Verlustes stehen die EigentümerInnen gerade, nicht die SteuerzahlerInnen). Somit war das Ziel der Errichtung eines Marktes die Abschaffung des Marktes. Der Umstand, dass keine gemeinsame Marktaufsicht und -Regulierung eingerichtet wurde, erhärtet diesen Verdacht, dass „Markt" nur ein Vorwand war, um bestimmte Interessen durchzusetzen. Der Finanzbinnenmarkt wurde schon 1996 von Josef Ackermann medial eingefordert. Die Deutsche Bank ist aber weder Fürsprecherin der kleinen Sparkassen und Genossenschaftsbanken noch einer Bürgerinitiative zur demokratischen Neuordnung des Geldsystems.

2. Fiskalpolitik:
Die EU hat einen gemeinsamen Binnenmarkt, aber sie koordiniert die binnenmarkt- und wettbewerbselevanten Steuern nicht, wodurch ein scharfer Steuerwettbewerb bei Vermögen, Vermögenszuwächsen, Finanztransaktionen, Kapitalgesellschaftsgewinnen und Spitzeneinkommen tobt. Kein Land kann diese fünf Faktoren frei besteuern, ohne dass es zu massiven Drohungen mit Kapitalabwanderung kommt. Die Grundlage dafür, der freie Kapitalverkehr, wird nicht diskutiert, als sei er ein Naturgesetz und keine politische Entscheidung und rechtliche Infrastruktur. Die freie Kapitalflucht aus der EU hinaus in die Steueroasen dieser Welt ist erst seit 1994 möglich, ein relativ junger EU-Vertragsbestandteil. Griechenland wurde nie von der EU die Bedingung gestellt, seine Vermögenden und Spitzenverdiener angemessen zu besteuern. Nie gab es eine Mindest-Abgabenquoten als Bedingung für EU- oder wenigstens den Euro-Beitritt. Griechenland hat eine Abgabenquote von knapp über 30 Prozent, Österreich deutlich über 40 Prozent. Hätte Griechenland eine gleich hohe Abgabenquote wie Österreich oder Deutschland, hätte es in den letzten Jahren kontinuierlich Budgetüberschüsse erzielt.

3. Handelspolitik:
Kooperation würde bedeuten, dass alle Mitgliedstaaten eines Handelsraumes nach ausgeglichenen Handelsbilanzen streben, damit es nicht zum Aufbau von Gläubiger- und Verschuldungspositionen kommt. Wenn ein Land anderen Ländern dauerhaft mehr verkauft, als es ihnen abkauft, verschulden sich letztere früher oder später so stark, dass sie insolvent werden, das ist mathematisch unvermeidlich. Der Erfolg von „Exportweltmeister Deutschland" führt über längere Zeit zwingend zur Insolvenz der Importweltmeister wie Griechenland.
Obwohl die Produktivität in Griechenland seit der Euro-Einführung stärker gestiegen ist als in Deutschland, hat das Land um 25 Prozent an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland verloren. Grund dafür ist der extreme Lohngeiz in Deutschland: die Produktivitätszuwächse werden nicht an die Arbeitenden weitergegeben, was die Produkte verbilligt und wettbewerbsfähiger macht. Hingegen wurden in Griechenland die höheren Produktivitätszuwächse sehr wohl an die Löhne weitergegeben, was die griechischen Produkte relativ stark verteuert hat: um 25 Prozent seit der Euro-Einführung! Deutschland gewinnt auf diese Weise den Handelskrieg gegen Griechenland. Jedoch nicht aufgrund von Leistung, sondern ungerechter Verteilung.
Fazit: Solange in der EU und zwischen den Euro-Staaten der Steuer- und Standortwettbewerb tobt und die EU verwundbar gegen systemische Finanzrisiken ist, hat der Euro keine langfristige Bestand-Chance.

2. Demokratiedefizit bei der EU-Konstruktion

Die wirtschaftspolitische Fehlkonstruktion der EU hat mit den demokratiepolitischen Konstruktionsdefiziten zusammen. Obwohl die EU immer mehr vom Staatenbund in Richtung Bundesstaat geht, und also eine demokratische Verfassung oder jedenfalls einen demokratischen Grundlagenvertrag bräuchte, **werden die Verträge immer noch von Regierungen gemacht**, anstatt

von den Souveränen. Das stellt einen glatten Bruch der Gewaltentrennung zwischen verfassungsgebender (konstituierender) und verfasster (konstituierter) Gewalt dar.
Mehr noch: Die verfasste Gewalt – Regierungen und Parlamente – nötigen den Souveränen die Verträge auf, obwohl sich diese in drei Volksabstimmungen gegen den Verfassungs - und Lissabonvertrag ausgesprochen hatten. Der irische Souverän musste wiederholen, weil er „falsch" abgestimmt hatte. 22 Souveräne durften gar nicht abstimmen.

Folglich **beinhalten die Verträge nicht verbindlich:** Menschenrechte, Friedenspflicht, Sozialstaatlichkeit; sondern stattdessen freien Kapitalverkehr und Freihandel und damit Steuerwettbewerb, Standortkonkurrenz sowie entfesselte und unregulierte Finanzmärkte. Wenn die Verträge auf demokratische Weise zustande kämen, wäre es wohl umgekehrt. Die EU ist ein Projekt der Eliten gegen die BürgerInnen.

Schließlich gibt es **auf EU-Ebene keine saubere Gewaltentrennung**. Das einzig direkt gewählte Organ, das EU-Parlament, darf weder Gesetze initiieren noch alleine entscheiden. In vielen Bereichen (z. B. Steuerpolitik) darf es nicht einmal mitentscheiden. Der Souverän hat gar keine legislative Kompetenz.

3. Offizielle Rettungsstrategien und alternativer Rettungsvorschlag

Mit den derzeitigen Maßnahmen retten die Regierungen den Euro zu Tode – und vielleicht auch die EU.
Es gibt eine einfache Möglichkeit zur Rettung des Euro, die wird aber nicht einmal diskutiert. Grundsätzlich gibt es **vier Rettungsstrategien** für den Euro:

1. Die ***Übernahme der Schulden*** der einen Mitgliedstaaten durch andere via Rettungsschirm – diese Strategie führt früher oder später in die Gesamtinsolvenz der Eurozone, weil die zu Rettenden mehr und größer werden, und die Retter immer weniger und schwächer. Würde Spanien einen gleich großes Rettungspaket in Anspruch nehmen wie Griechenland, Irland oder Portugal, würde dieses bereits 800 Milliarden Euro umfassen – mehr als der gegenwärtige (EFSF) oder zukünftige (ESM) Rettungsschirm.

2. Die ***Streichung der Schulden*** wäre an sich die gerechteste Lösung: An einer Überschuldungssituation sind immer zwei Parteien beteiligt: eine Partei hat zu viele Kredite aufgenommen, die andere zu viele Kredite vergeben. In der Privatwirtschaft ist die Insolvenz ein alltägliches und gesetzlich geregeltes Verfahren. Obwohl auch Staaten in der Geschichte immer wieder in die Insolvenz gegangen sind, gibt es für Staaten kein völkerrechtlich geregeltes <u>Insolvenzverfahren</u>. In diesem müssten Gläubiger- und Schuldnerinteressen gleichermaßen berücksichtigt und ausgeglichen werden.
Sparmaßnahmen, die Teile der Bevölkerung in die Armut und Arbeitslosigkeit treiben, wären in einem fairen Insolvenzverfahren unfair. Und das Aufspielen der Gläubiger zu Richtern ein Bruch mit dem Rechtsstaat. Genau das passiert gerade in Griechenland und steht weiteren EU-Mitgliedstaaten bevor.
Auch ein <u>ungeregelter Schuldenschnitt</u> wird den Euro nicht retten, weil es nach wie vor systemrelevante Banken gibt. Ein Schuldenschnitt würde zu einer Kettenreaktion führen, die Staaten und Banken (weltweit) in die Insolvenz reißt – vielleicht noch nicht im Falle Griechenlands, aber spätestens mit dem dritten Schuldenschnitt.
Sicher hingegen ist, dass die erste Insolvenz/der erste Schnitt auf den Finanzmärkten das Wetten auf den nächsten Kandidaten anheizen.
<u>Noch verfügen die Märkte über vier Angriffswaffen</u>:
1. Festlegung der Zinsen für Staatsschulden über das Bieterverfahren auf dem Primärmarkt;
2. Rating;
3. Spekulatives Handeln mit CDS;
4. Streuen von Gerüchten.
Zusammen sind diese Waffen ein geballtes Arsenal, das die Regierungen den Märkten anstandslos belassen.

3. Die ***Inflationierung der Schulden*** ist ein äußerst riskanter und nicht empfehlenswerter Ausweg, der jedoch mit dem Scheitern von Strategie eins und zwei wahrscheinlicher wird. Bevor alle Schirme reißen, könnte sich jene Strömung in der EZB durchsetzen, die alle Systembanken und Staaten vor der Insolvenz bewahren will und Anleihen und Emissionen aufkauft und die Geldmenge ausweitet. Das ist die konkrete Empfehlung promi-nenter Ökonomen wie Kenneth Rogoff. Falls die Zielinflation – z. B. 10 Jahre lang fünf bis zehn Prozent – gelingen sollte, wäre der Mindestkollateralschaden die Vernichtung aller Finanzvermögen im gleichen Ausmaß, in dem die Schulden entwertet werden. Zu deutsch: eine Enteignung aller Finanzvermögen um 50 Prozent. Worst Case: Die Inflation gerät außer Kontrolle, es kommt zur Währungs-reform und Rückkehr von D-Mark und Schilling. Die Umtauschverluste könnten in diesem Fall deutlich höher sein als 50 Prozent.

4. <u>Die vierte Option brächte die Lösung, sie wird aber tabuisiert:</u> die ***Tilgung der Schulden über EU-weit koordinierte Finanztransaktions-, Vermögens- und Gewinnsteuern.*** Der – weitgehend unbekannte, weil tabuisierte – Kern der Lösung liegt darin, dass die Privatvermögen in der Eurozone ungefähr das Fünffache der Staatsschulden betragen. Eine <u>einprozentige Besteuerung der privaten Vermögen</u> könnte die Staatsschulden um fünf Prozent reduzieren – in einem Jahr. In nur zehn Jahren wären die Staatsschulden halbiert. Nicht jedoch die Vermögen. Wachsen diese um drei Prozent pro Jahr weiter, wären sie nach zehn Jahren bei einer angenommenen Inflation gleich viel wert – die Staatsschulden jedoch nominell halbiert! Der Clou: 90% der Bevölkerung könnten von der Steuer ausgenommen bleiben, weil sie so gut wie nichts besitzen. In Österreich halten zehn Prozent der Bevölkerung fast 70 Prozent des privaten Finanz- und Immobilienvermögens, das zur Besteuerung vorgeschlagen wird.
Neben einer Vermögenssubstanzsteuer in der Höhe von durchschnittlich einem Prozent auf die Vermögen der zehn Prozent Reichsten bieten sich <u>drei weitere Steuern</u> für eine koordinierte Besteuerung an:

- **Vermögenszuwächse.** Obwohl beständig behauptet wird, wir lebten in einer Leistungsgesellschaft, fordern speziell diejenigen, die auf dieses Prädikat großen Wert legen, selten bis gar nicht, dass Leistungseinkommen aus Arbeit geringer besteuert werden sollten als Nichtleistungseinkommen (Zinsen, Dividenden, Kursgewinne, Erbschaften). Käme es nur zur steuerlichen Gleichstellung von Leistungs- und Nichtleistungs-einkommen, würde allein dies den Steuerbehörden in der EU zusätzlich geschätzt 200 Milliarden Euro einbringen.

- **Finanztransaktionen.** Nach jahrelangem Widerstand hat die EU-Kommission endlich einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Das enttäuschende Ergebnis: Die Einnahmen sollten gerade einmal 57 Milliarden Euro ausmachen. Das ist deshalb kümmerlich, weil das – konservative – Wiener Institut für Höhere Studien (IHS) ein jährliches Aufkommen in der EU von 272 Milliarden Euro errechnet hat – bei einem Steuersatz von 0,1% und einem schon berücksichtigten Rückgang des Derivatehandels-volumens um 85%.

- **Körperschaftssteuer.** Hier befinden sich die Mitgliedstaaten im Wettbewerbsmodus. Schon 1992 hatte der niederländische Finanzminister Onno Ruding im Auftrag der EU-Kommission einen Bericht vorgelegt,

der eine einheitliche Körperschaftssteuer von 40% in der EU nahelegte. Bis heute sind jedoch nicht einmal die Bemessungsgrundlagen harmonisiert, die Steuersätze sinken weiter um die Wette, und die Doppelbesteuerungsabkomen mit Drittstaaten sehen nicht durchwegs die Anrechnungsmethode vor, welche Steuerflucht effektiv unterbinden würde: Gewinne können auf den Cayman-Islands oder in Dubai versteuert werden, doch muss die Differenz zum EU-Steuersatz im Sitzland nachversteuert werden. Die „Flucht" wäre zwecklos. In Summe wäre ein zusätzliches KÖSt-Aufkommen von rund 100 Milliarden Euro zu erwarten.

Mit dem vorgeschlagenen **4-Steuern-Paket** könnten in der Eurozone jährlich 770 Milliarden Euro (EU-weit knapp über 1000 Milliarden Euro) eingehoben und damit die Staatsverschuldung der Eurozone von derzeit 90% auf 45% halbiert werden.

Diese vierte Lösung würden endlich die Krisenverursacher und -profiteure in die Verantwortung nehmen – und ihnen auch noch nützen! Denn die Alternativen zu einer moderaten Besteuerung der Vermögenden sind allesamt schlimmere Alternativen.

In diesem Punkt erhielt ich unverhofft Schützenhilfe von der Boston Consulting Group. In der lesenswerten Kurzstudie „Back to Mesopotamia" schlägt die BCG vor, die Schulden aller drei großen volkswirtschaftlichen Sektoren – Haushalte, Unternehmen, Staat – mit einem sofortigen und sauberen Schnitt auf 60% der Wirtschaftsleistung zu begrenzen. Begründung: Oberhalb dieser Schwelle wächst die Insolvenzgefahr für jeden der Sektoren: Privatinsolvenzwelle, Unternehmensinsolvenzwelle, Staatsinsolvenz. Der Schnitt soll durch eine einmalige Finanzvermögenssteuer in der Höhe von 26% (USA), 27% (GB) und gar 34% (Eurozone) finanziert werden. Das wäre schmerzhaft, aber weniger schmerzhaft als die Alternativen: Bankenkrach, Staatsinsolvenz, Hyperinflation, Währungsreform oder Bürgerkrieg. Eine Vermögenssteuer wäre das geringste Übel aus Sicht der Betroffenen.

4. Strukturelle Reformen

1. Neuordnung der Staatsfinanzierung:
Nach der Halbierung der Schulden durch Tilgung könnten maximal 50% Staatsschuld von der EZB in Form zinsfreier Kredite übernommen werden. Deutschland würde sich dadurch jährlich 60 Milliarden Euro an Zinszahlungen ersparen. Die Republik Österreich 8,5 Milliarden Euro. Die Finanzierung des Staates bei seiner eigenen Bank durch zinsfreie Kredite ist so ein strenges Tabu, dass es nicht einmal diskutiert wird. Falls doch, würde sofort das Argument „HyperInflation" die Diskussion abwürgen. Doch dahinter steckt erstens ein unklarer Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation und zweitens ein nicht notwendiger Zusammenhang zwischen Staatsfinanzierung durch die EZB und Erhöhung der Geldmenge.
Zum ersten: eine höhere Geldmenge führt nicht automatisch zu höherer Inflation, sondern nur über steigende Nachfrage. Doch auf die Nachfrage hat es keinen Einfluss, ob der Staat mit 50% der Wirtschaftsleistung bei Privatbanken oder der Zentralbank verschuldet ist.
Zum zweiten: Die „Übernahme" von Staatsschulden im Ausmaß von 50% der Wirtschaftsleistung durch die EZB würde die Geldmenge tatsächlich erhöhen, da sich die Bilanzsumme der EZB etwas mehr als verdoppeln würde. Doch könnte die EZB die zusätzliche Geldmenge durch EZB-Emissionen, die privates Finanzvermögen binden, wieder neutralisieren – falls sie das für notwendig erachtete, um einer Inflationsgefahr entgegenzuwirken.
Fazit: Es gibt nicht wirklich etwas zu befürchten, außer dass Privatbanken ihr hochprofitables Geschäft mit Staatsanleihen verlieren.

2. Fiskalunion:
Das 4-Steuern-Paket würde den Steuerwettbewerb innerhalb der EU effektiv unterbinden. Nach fünf Jahren wären die Staatsschulden der Eurozone halbiert, die Einnahmen könnten für andere Tätigkeiten verwendet werden: öffentliche Güter wie frei zugängliche Universitäten, Bahn oder Internet; eine EU-weite Arbeitslosen- und Armutsversicherung; globale Entwicklungshilfe, Schutz öffentlicher Güter wie Meere oder Klimaschutz. Das EU-Etat würde dann knapp zehn Prozent des EU-BIP ausmachen, was einem Bundesstaat würdiger wäre als das gegenwärtige eine Prozent am BIP (135 Milliarden Euro), welches der EU-Haushalt derzeit ausmacht.
Damit die Steuern zu keinem Kapitalabfluss aus der EU führen, müsste ergänzend die Abwicklung des internationalen Kapitalverkehrs zu einer Aufgabe des Europäischen Systems der Zentralbanken werden. Damit würde ein unumgehbares Nadelöhr für alle Kapital-flüsse aus der EU hinaus und in die EU herein geschaffen, der Kapitalverkehr könnte reguliert und die Steuerflucht problemlos unterbunden werden:
Kapitalverkehrsteilnehmern aus unkooperativen Steueroasen könnte die Teilnahme am freien Kapitalverkehr verwehrt werden. Der freie Kapitalverkehr ist eine besondere Vertrauensleistung gegenüber Drittstaaten, die nicht bedingungslos gegeben werden sollte, sondern nur gegen die – logische und gerechte – Gegenleistung der Kooperation beim Steuervollzug und der Regulierung der Finanzsystems. Sonst liefert sich ein Staat(enbund) schutzlos der Steuerflucht und der Ansteckung mit systemischer Instabilität aus.

3. Lohnkoordination:
Alle Eurostaaten verpflichten sich, die Löhne im Ausmaß der Produktivität plus Zielinflation anzuheben. So bleiben die Preisrelationen und damit die Wettbewerbsverhältnisse konstant, auch wenn sich die Produktivität und damit die Preise unterschiedlich entwickeln: in produktiveren Ländern würden auch die Löhne stärker steigen (oder die Arbeitszeit stärker verkürzt würde), was den Preisvorteil wieder wettmachen würde.

4. Finanzaufsicht und -regulierung
Ein streng reguliertes und beaufsichtigtes Finanzsystem ist eine weitere Stabilitäts- wenn nicht Überlebensbedingung für eine gemeinsame Währung.
Der erste Schritt ist die Zerteilung systemrelevanter Banken: Solange das Insolvenzrecht für einige Institute nicht gilt – 90 Prozent aller Rettungsgelder flossen an Banken mit einer Bilanzsummer größer als 100 Milliarden US-Dollar – kann nicht von Marktwirtschaft gesprochen werden, sondern von staatlich subventioniertem Oligopolkapitalismus.
Der zweite Schritt ist der rechtliche Vorrang für ein gemeinwohlorientiertes Bankwesen: Diejenigen Banken, die sich nicht auf das Gemeinwohl verpflichten, würden dem „freien" Markt ausgesetzt. Das bedeutet, dass Banken, die nicht auf Gemeinwohl umschwenken, alle staatlichen Unterstützungsleistungen, die sie heute genießen, gestrichen werden:
• staatliche Garantie der Spareinlagen;
• Refinanzierung bei der EZB;
• Geschäfte des Staates mit diesen Banken;
• staatliche Bankenrettung.
Banken, die auf diese Unterstützungsleistungen des Staates verzichten, sind für durchschnittliche SparerInnen kaum attraktiv, das Problem würde sich hier teilweise von selbst lösen.

Ergänzend braucht es eine Reihe weiterer Maßnahmen: Schließung des Derivate-Casinos (OTC-Handels), demokratische Festlegung der Rohstoffpreise, Ende der Handelbarkeit von Unternehmensaktien. Damit: Erübrigung der Rating-Agenturen.

Das Finanzsystem würde gesundgeschrumpft auf wenige Kernaufgaben, die der Wirtschaft dienen. Geld würde wieder zu einem Mittel und tendenziell zu einem öffentlichen Gut, das nur nach klar bestimmten Regeln verwendet werden darf.

5. Alternativen zum Euro

Die Voraussetzungen für die Rettung des Euro sind zahlreich und folgenschwer. Derzeit besteht keine Chance auf einen so weitreichenden politischen Konsens., Deshalb sollten Alternativen zum Euro wenigstens durchdacht werden.

a) die Rückkehr zu nationalen Währungen wäre ein Rückschritt, wenn damit die Währungskonkurrenz zurückkehrt und auf die Koordination der Wirtschaftspolitiken in der EU von der politischen Agenda verschwindet;

b) zwei Blöcke: ein Hartwährungsblock im Norden und ein Weichwährungsblock im Süden, würden einen tiefen Keil in die EU treiben und ihrem Zerfall Vorschub leisten; der (Handels-)Krieg zwischen den Blöcken wäre programmiert;

c) die Wiedereinführung eines Wechselkurssystems würde genauso wenig funktionieren wie der Euro, wenn die oben genannten Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind: die Wiederholung der Geschichte droht in Form einer spekulativen Attacke auf das EWS;

d) Nach Abwägung der Vor- und Nachteile komme ich zum Schluss, dass beim gegenwärtigen Demokratiezustand eine globale Währungskooperation mit globaler Komplementärwährung die relativ beste Lösung wäre. Ein konkreter Vorschlag wurde schon 1943 von John Maynard Keynes ausgearbeitet und auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 vorgelegt, aber leider bis heute nicht umgesetzt. Die nationalen Währungen würden beibehalten, nur der internationale Wirtschaftsaustausch in der globalen Komplementärwährung abgewickelt. Die Wechselkurse wären fix, was vollkommene Stabilität brächte; sie würden nur bei der Veränderung realwirtschaftlicher Indikatoren (unterschiedliche Produktivitäts- und Preisentwicklung) an diese angepasst.

e) Bei höherem Demokratiegrad wäre auch ein Euro wieder denkbar.

6. Demokratischer Neubau der EU

Die Konstruktionsfehler der EU hängen mit dem undemokratischen Bau des „Hauses Europa" zusammen. Der Bau des Hauses Europa wurde von den Regierungen begonnen; anstatt die Bauregie an die BürgerInnen zu übergeben, rissen die Eliten sie an sich. Der Verfassungsvertrag wurde von zwei Souveränen abgelehnt, der Lissabonvertrag von einem weiteren. 22 Souveräne wurden nicht einmal angehört! In Griechenland wurden die Bevölkerung ebenfalls umgangen und das Parlament per Sperrkonto geknebelt. Die EU nimmt Kurs auf eine autoritäre Plutokratie.

In der Krise droht das „Europäische Haus" der Regierungen einzustürzen. Das böte die Chance, dass es von den BürgerInnen wieder aufgebaut wird.

Die wichtigsten Schritte zu einem demokratischen Europa wären:

1. **Demokratischer Konvent.** Ausarbeitung eines Grundlagenvertrags durch eine direkt gewählte Versammlung, einen demokratischen Konvent. Das Ergebnis müsste zeitgleich in allen Mitgliedstaaten von den Souveränen, der verfassunggebenden Gewalt, abgestimmt werden. Die neuen EU-Mitglieder sind jene, in denen der Souverän den Vertrag annimmt.

2. **Werte-Kern.** Bei dieser gleichzeitigen Abstimmung wird nur der „Verfassungskern" mit Grundrechten, Friedenspflicht und Sozialstaatlichkeit – den Garanten für Menschenwürde und (inneren wie äußeren) Frieden abgestimmt. Dann hat die EU einen klaren Werte-Kern, und wer diesen nicht teilt, ist zurecht nicht Mitglied der EU. Meine Wette: Dieser Kern würde von allen 27 Souveränen mit überwältigender Mehrheit angenommen.

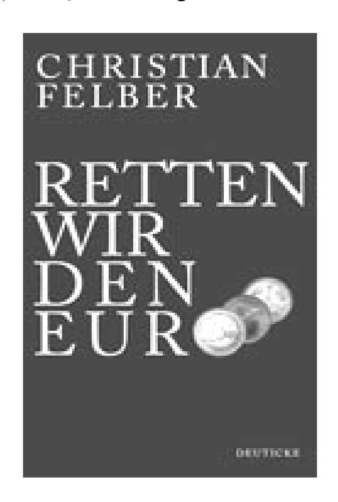
3. **Saubere Gewaltenteilung.** Das direkt gewählte EU-Parlament wird zum zentralen Gesetzgeber in der EU. Es darf Gesetze initiieren und verabschieden, ohne sich mit einer zweiten Instanz abstimmen zu müssen. Die einzige Instanz, die das Parlament kontrollieren, korrigieren und überstimmen kann, ist der – dann europäische – Souverän, die BürgerInnen der EU. Repräsentative und direkte Demokratie spielen zusammen.

4. **Subsidiaritätsprinzip.** Nach der Bildung eines Verfassungskerns werden alle weiteren Politikfelder nach dem Subsidiaritäts- und Souveränitätsprinzip vergemeinschaftet: Nur diejenigen Politikfelder, die auf EU-Ebene bessser aufgehoben sind, werden an den EU-Souverän delegiert. Die Entscheidung, in welchen Politikfeldern dies zutrifft, wird von Einzelfall zu Einzelfall von den nationalstaatlichen Souveränen vorgenommen weil sie allein darüber entscheiden können, ob sie bestimmte Souveränitätsrecht abtreten wollen.

5. **Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwohl-Orientierung.** Um die neuerliche Überkonzentration von wirtschaftlicher Macht zu verhindern, werden Grenzen für das Eigentumsrecht eingezogen:
a) eine Obergrenze für Einkommen;
b) eine Obergrenze für Privatvermögen;
c) eine Obergrenze für ausschließlich privat gesteuerte Unternehmen;
d) eine Offenlegungspflicht für sämtliche Lobby-Aktivitäten und -Finanzflüsse. Die genauen Grenzen werden vom Verfassungskonvent oder eigens gewählten Wirtschafskonventen ermittelt und der Bevölkerung – durchaus mit mehreren Optionen – zur Abstimmung vorgelegt.

Da die Entscheidungen auf EU-Ebene von größerer Reichweite sind als auf nationalstaatlicher Ebene, muss das Demokratieniveau in der EU mindestens gleich hoch sein wie auf der darunterliegenden Ebene. Andernfalls ist die demokratische Legitimation des europäischen Projekts nicht gegeben. Bei den BürgerInnen wird die Vision einer nicht nur friedlichen, sondern auch demokratischen EU vermutlich auf Begeisterung stoßen. Die Identifikation mit dem Europäischen Projekt würde sprunghaft steigen.

Alle in diesem Text angeführten Zahlen sind im Buch „Retten wir den Euro" (Deuticke, 2012) mit Quellen belegt.



Mag. Christian Felber ist Buchautor, Universitätslektor und freier Tänzer in Wien. Er initiierte Attac Österreich, die Demokratische Bank und die Gemeinwohl-Ökonomie. Mehrere Wirtschaftsbestseller, zuletzt „Retten wir den Euro!" und „Die Gemeinwohl-Ökonommie." Nähere Infos:
www.christian-felber.at
www.gemeinwohl-oekonomie.org

Tomasz Konicz

Proteste in **Rumänien** gegen soziale Misere nach Kürzungsdiktat von Internationalem Währungsfonds und EU

Die von Staatschef Traian Basescu forcierte Gesundheitsreform war der letzte Tropfen, der das Faß zum überlaufen brachte: Rumänien erlebte im Januar die heftigsten Massenproteste seit mehr als einem Jahrzehnt. Doch es ist die allgemeine wirtschaftliche und soziale Misere, die viele verzweifelte Rumänen auf die Straßen trieb. Ministerpräsident Emil Boc bemühte sich bei einer Ansprache am 16.1., den tiefsitzenden Unmut über die Misere im Land zu berücksichtigen, als er davon sprach, »die Härten« nachvollziehen zu können, mit denen sich seine Landsleute konfrontiert sehen. Doch zugleich forderte er die Bevölkerung auf, Verständnis für die Maßnahmen aufzubringen, die notwendig seinen, um »einen Bankrott Rumäniens« abzuwenden.

Dabei hat die Bevölkerung des rund 21 Millionen Einwohner zählenden Landes bereits in den vergangenen drei Jahren ihre Leidensfähigkeit unter Beweis gestellt. **Rumänien befindet sich seit 2009 im Würgegriff des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU**. Die hatten mit einem Kreditpaket im Volumen von 20 Milliarden Euro einen Bankrott des von der Krise schwer getroffenen Landes abgewendet. Wie bei solchen »Hilfskrediten« üblich, wurde die Auszahlung der jeweiligen Tranchen an **drakonische Kürzungsmaßnahmen** gekoppelt, die das Haushaltsdefizit von nahezu sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2009 verringern sollten. Der jetzt durchgesetzte Kahlschlagkurs ging unter anderem mit Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst (rund 25 Prozent), dem Einfrieren der Renten sowie einer Anhebung der Mehrwertsteuer um fünf Prozent einher.

Die Roßkur zur Abwendung der Staatspleite sollte nach zwei Jahren abgeschlossen sein. Mitte 2011 mußte Bukarest aber ein weiteres »Präventivabkommen« mit IWF und EU schließen. Im Notfall stehen nun weitere Krisenkredite über fünf Milliarden Euro zur Verfügung – die aber an weitere Auflagen gekoppelt sind. **Es war der IWF, der eine »Reform« des Gesundheitswesens verlangte**. »*Rumänien könnte das erste Opfer der Schuldenkrise werden*«, erklärte ein hochrangiger Mitarbeiter der Notenbank Ende Dezember. Die auf dem Finanzsektor dominierenden westlichen Banken würden nämlich wegen ihres krisenbedingt hohen Kapitalbedarfs »*einen Teil der Summen, die sie derzeit der Regierung in Bukarest als Kredit vergeben, wieder zurückziehen*«. Ähnlich dem ungarischen Forint befindet sich auch die rumänische Währung auf einer anhaltenden Talfahrt gegenüber dem Euro. Anfang Januar geriet der Leu in die Nähe seines historischen Tiefstandes aus dem Jahr 2010. Das hat Einfluß auf die Refinanzierungskosten und die Schuldenlast, beide steigen. Rumänien wird seine periphere Stellung in der EU zum Verhängnis – das Land ist fast ausschließlich auf Fremdfinanzierung seiner Haushaltsdefizite angewiesen.

Die Bevölkerung ächzt seit drei Jahren unter »Spar«-Terror und Wirtschaftsmisere. Nun taumelt das Land erneut am Rande des Bankrotts. Vor Krisenausbruch hatte die Wirtschaft eine klassische Defizitkonjunktur erlebt – massive Kreditvergabe durch westliche Banken erzeugte einen kurzzeitigen Konsumboom und eine rasch anschwellende Immobilienblase. Das Wachstum war ein Strohfeuer. 2008 verzeichnete Rumänien einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von nahezu acht Prozent – auf Kosten eines Leistungsbilanzdefizit von nahezu 15 Prozent des BIP. Ab 2009 schrumpfte der wirtschaftliche Ausstoß dramatisch um 7,2 Prozent, die Rezession hielt auch 2010 mit einem Minus von 1,2 Prozent des BIP an.

Für das vergangene Jahr prognostizierte Regierungschef Boc Anfang Januar ein Wachstum von »nahezu zwei Prozent« – zu wenig, um der Krise Herr zu werden. Das Haushaltsdefizit will Bukarest inzwischen auf 4,4 Prozent des BIP verringert haben. Allerdings machte diese Krisen- und Stagnationsperiode alle Hoffnungen auf einen Anstieg des rumänischen Lohnniveaus zunichte, das zu den niedrigsten in Europa zählt. Am 1. Januar wurde der Mindestlohn auf 700 Lei angehoben – das sind etwa 162 Euro.

Hoffnung auf eine Besserung sollten die Rumänen kaum hegen. Angesichts der einsetzenden Rezession in der Euro-Zone dürfte das Land auch in diesem Jahr kaum Wachstum verzeichnen, nicht zuletzt deshalb, weil auch die Industrie krankt. Die war in etlichen Privatisierungswellen größtenteils an westliche Konzerne veräußert worden, die das Land zu einer verlängerten Werkbank ihrer internationalen Fertigungsketten zurichteten. Nun gehen die ausländischen Direktinvestitionen stark zurück: 2010 beliefen sie sich auf 2,5 Milliarden Euro. 2007 waren es noch rund 7,2 Milliarden, ein Jahr zuvor sogar rund zwölf Milliarden Euro. **Eine Reihe von Westkonzernen haben bereits ihre Niederlassungen geschlossen,** um diese in Länder mit noch niedrigerem Lohnniveau zu verlagern. **Nokia** ließ seine Produktionsanlagen – die zuvor aus Deutschland ausgelagert worden waren – im vergangenen Jahr schließen und nach Vietnam abtransportieren. Zuvor hatten bereits die Multis **Nestlé, Kraft Foods oder Coca Cola** ihre rumänischen Standorte dichtgemacht. In diesem Jahr will sogar der von Renault aufgekaufte erfolgreiche Fahrzeughersteller **Dacia** einen Teil seiner Produktion nach Marokko verbringen. Solcherart Maßnahmen ließen bereits die offizielle Arbeitslosenrate im dritten Quartal 2011 auf 7,2 Prozent ansteigen – gegenüber 6,9 Prozent im Vorjahreszeitraum. Auch für 2012 wird mit einem weiteren Anstieg der Erwerbslosigkeit gerechnet, wo noch vor rund vier Jahren Facharbeitskräftemangel herrschte.

http://www.jungewelt.de/2012/01-19/025.php

Erfolgreicher Abwehrkampf

In einer Kleinstadt im Nordwesten Rumäniens (Satu Mare) haben die Beschäftigten des Electrolux-Betriebs nach 20 tagen Streik einen Erfolg gegen den schwedische multinationalen Konzern errungen. Dieser wollte das neue rumänische Arbeitsrecht durchsetzen, das vor einem Jahr in Kraft getreten ist. “*Wir haben hiermit den Weg für alle anderen Lohnabhängigen des Landes geöffnet,”* erklärte Sorin Faur, der Präsident der Gewerkschaft Samus, *“auch sie können Garantien gegen die neuen Spielregeln einfordern*.”

Nach diesen neuen “Spielregeln” können Entlassungen leichter vorgenommen werden, es sollen vorwiegend befristete Arbeitsverträge vereinbart werden, die Gültigkeit von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge soll vermindert, die Probezeit von 6 Monaten auf 3 Jahre verlängert werden.
Dieses neue Arbeitsrecht ist Teil des Sparkurses der rechten demokratisch-liberalen Regierung. Sie setzte damit die Forderungen von IWF und EU um, die einen Kredit von 20 Milliarden gewährt haben.
“*Rumänien diente als Laboratorium für eine Politik des Sozialabbaus”*, meint Ovidiu Popescu vom gewerkschaftlichen Zusammenschluss Cartel Alfa.
(L'Humanité, 28.Februar 2012

Der Betriebsrat Electrolux in Nürnberg u.a.m. haben die Belegschaft unterstützt:
http://www.emf-fem.org/Areas-of-work/Solidarity/Successful-end-to-Electrolux-strike-in-Romania

Weitere Informationen über Rumänien:
http://www.labournet.de/internationales/rumae/index.html
http://roumanophilie.wordpress.com/contestation-roumanie-2012/

Stephan Kaufmann
65 Staaten erließen 1953 der Bundesrepublik Deutschland einen Großteil der Schulden, unter ihnen auch Griechenland

Um einen ähnlich großen Erlass wie die über 100 Mrd.Euro an Griechenland zu finden, muss man 59 Jahre zurückgehen. Damals war die Bundesrepublik Deutschland der Profiteur. Das Londoner Schuldenabkommen vom Februar 1953 – bei dem auch Griechenland verzichtete – ermöglichte den wirtschaftlichen Aufstieg Westdeutschlands.

Finanzminister Fritz Schäffer hatte den deutschen Verhandlungsleiter Hermann Josef Abs gewarnt: Mit den Verhandlungen über die Regelung der Altschulden übernehme er eine undankbare Aufgabe. „*Herr Abs*“, sagte Schäffer, „*wenn Sie es schlecht machen, werden Sie an einem Birnbaum aufgehängt und wenn Sie es gut machen, an einem Apfelbaum.*“

Heute ist jedoch klar: Die Bundesrepublik erzielte einen außergewöhnlichen Erfolg, spendiert von den USA. „*Seine heutige finanzielle Stabilität verdankt Deutschland Amerika, das nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg auf viel Geld verzichtet hat*“, sagt Albrecht Ritschl, Wirtschaftshistoriker an der London School of Economics. Zum einen ging es 1953 um die Regelung der Vorkriegsschulden im Ausland, die zum großen Teil aus nicht geleisteten Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg bestanden.

Bereits in den 20er und 30er Jahren hatten die Gläubiger auf Druck der USA ihre Forderungen um viele Milliarden Mark gesenkt. Dennoch konnte Deutschland nicht zahlen, die nationalsozialistische Regierung beendete ab 1933 den Schuldendienst weitgehend.

Londoner Abkommen reduziert Deutschlands Schulden

Im Londoner Abkommen wurde zunächst die Vorkriegsschuldenlast um 15 Milliarden D-Mark reduziert, indem die Gläubiger auf entgangene Zinszahlungen ab 1934 verzichteten. Es blieben jedoch noch rund 14 Milliarden übrig. Dazu kamen Nachkriegsschulden über rund 16 Milliarden D-Mark. Zusammen ergab sich eine Forderung von 30 Milliarden, der eine Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik von 70 Milliarden gegenüberstand. Die daraus resultierenden Belastungen seien „unmöglich zu erfüllen“, so Abs.

Die 65 Gläubigerstaaten hatten ein Einsehen. Am Ende gewährten sie dem Rechtsnachfolger des Dritten Reiches einen Erlass von 50 Prozent der gesamten Auslandsverbindlichkeiten. Dazu kam die massive Senkung der Zinsen. Zum Vergleich: Die gesamten Auslandsschulden Griechenlands dürften durch den derzeit verhandelten Erlass nur um 18 Prozent sinken. Das Abkommen enthielt noch weitere Vorteile. Die Rückzahlung der Schulden wurde gestreckt bis zum Jahr 1988.

Anders als im Fall Griechenlands wurde der Erlass nicht von der Umsetzung von Sparprogrammen abhängig gemacht, sondern sah wachstumsförderliche Maßnahmen vor. Mit ihnen wurde sichergestellt, dass Deutschland die Rückzahlung aus seinen Exporteinnahmen decken konnte und nicht – wie heute Athen – durch die Aufnahme neuer Schulden. Die vom Ausland geforderten Rückzahlungen betrugen in keinem Jahr mehr als 3,5 Prozent der deutschen Exporterlöse. Zum Vergleich: Athen musste 2011 allein für Zinsen rund elf Prozent seiner Exporteinnahmen ausgeben.

Dies hat funktioniert. Angetrieben von Marshall-Plan-Hilfen und globalem Nachkriegs-Boom wuchs die westdeutsche Wirtschaftsleistung nach dem Schuldenschnitt jährlich zwischen neun und acht Prozent. Die Schulden sanken nach der vollen Umsetzung des Abkommens 1958 auf sechs Prozent der Wirtschaftsleistung. 1988 konnte die letzte Tranche zurückgezahlt werden.

Dieser Erfolg war vor allem ein Werk der US-Regierung – die jedoch ihre eigenen Ziele verfolgte: Westdeutschland sollte als Frontstaat im Kalten Krieg aufgebaut werden. Zudem hoffte Washington, das zu jener Zeit den Korea-Krieg führte, dass eine wiederbewaffnete Bundesrepublik einen Beitrag zum Kampf gegen den Ostblock übernehmen würde.

Nicht Teil des Schuldenabkommens von 1953 war die Frage der Reparationen für die von Nazi-Deutschland besetzten Länder. Dazu zählten auch Verrechnungsschulden des Dritten Reiches, die laut Ritschl 100 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung des Jahres 1938 ausmachten. Diese Zahlungen sollten nach einer Wiedervereinigung in einem Friedensvertrag geregelt werden. Auch dies sollte sich als Glücksfall für Deutschland erweisen. Denn die Reparationsfrage wurde im 2+4-Vertrag ausgelassen, die Ansprüche gelten daher als untergegangen. „Es wurden nur kleinere Beträge gezahlt“, so Ritschl.

Mitte der 90er Jahre unternahmen einige Griechen jedoch einen neuen Anlauf. Die Erben der von der SS ermordeten Bewohner des Dorfes Distomo verklagten Deutschland auf Entschädigung. Das höchste griechische Gericht gab ihnen im Mai 2000 recht. Doch die Bundesregierung intervenierte: Privatpersonen dürften nicht gegen Staaten klagen, dies verletze den Grundsatz der staatlichen Immunität. Das griechische Justizministerium verweigerte die Vollstreckung des Urteils und richtete ein Sondergericht ein. Kurze Zeit später wurde Griechenland in die Euro-Zone aufgenommen. Die Klage der Distomo-Erben wurde im September 2002 abgewiesen. Am vergangenen Donnerstag scheiterte eine Klage der Hinterbliebenen des Massakers im toskanischen Civitella 1944.

http://www.berliner-zeitung.de/finanzkrise/schuldenerlass-wie-griechenland-bei-der-rettung-deutschlands-half,10808234,11569276,item,1.html

An die Frauen Europas: Solidarität mit den Frauen in Griechenland!

Gespräch mit Sonja Mitralia, Mitbegründerin der Initiative der griechischen Frauen gegen die Staatsschuld und die Sparmaßnahmen sowie des Griechischen Komitees gegen die Staatsschuld.

http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=7179

Mehr Infos über Griechenland:

http://www.labournet.de/internationales/gr/schuldenkrise.html

http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Griechenland/Welcome.html

Greek Debit Audit Campaign

Kein Haircut, sondern Einstellung der Zahlungen an die Gläubiger und Überprüfung der Schulden!

12. Februar 2012

Der internationale Vertrag und das Memorandum, die den Sicherungsabschlag (HAIRCUT) der griechischen Staatsverschuldung begleiten, führen zu einer noch stärkeren Verarmung der Bevölkerung. Sie werden zu einer dramatischen Verschlechterung sowohl des Lebensstandards als auch der Arbeitsbedingungen führen und uns im Endeffekt zu Sklaven unserer Gläubiger machen.

Die Renten- und Lohnkürzungen, die Abschaffung der Tarifautonomie-Gesetze (die gegen Artikel 22 unserer Verfassung verstößt) und die 150.000 Entlassungen im öffentlichen Sektor bedeuten massenweise Hunger und Monatslöhne von nur 300 oder 400 Euro. Die schon jetzt hohe Arbeitslosigkeit wird auf 30% steigen. Die neuen Kürzungen bei Sozialausgaben, besonders im Gesundheitsbereich, werden unsere Lebenserwartung senken und die Sterblichkeitsrate auf ein mit Afrika vergleichbares Niveau steigen lassen. Die neuen Privatisierungen werden der griechischen Bevölkerung ihr Vermögen rauben und den Staat um zukünftige Einkünfte bringen.

Wir betrachten die neuen Verpflichtungen, die vom englischen Gesetz und dem Großherzog von Luxemburg gedeckt werden (Artikel 13 der neuen Vereinbarung), nicht nur als schwere Beleidigung und Erniedrigung für einen unabhängigen Staat, sondern auch als **eine Form der Gefangenschaft,** da sie sehr viel beschwerlichere Neuverhandlungen der Schulden bedeuten. Außerdem schützen sie unsere Gläubiger vor den Konsequenzen, wenn Griechenland die Eurozone verlässt.

Aus all diesen Gründen schließt sich die Greek Debt Audit Campaign (Kampagne für eine Schuldenrevision in Griechenland) der Bevölkerung an und verlangt, dass über den neuen Vertrag und das neue Memorandum nicht abgestimmt wird, da diese einer kompletten Einbeziehung des Privatsektors den Boden bereiten.

Wir verlangen, dass die Zahlungen an unsere Gläubiger sofort und bedingungslos eingestellt werden und dass die Schuldbücher offengelegt werden, damit wir durch eine Schuldenrevision unsere Forderung nach einer Einstellung der Zahlungen rechtfertigen können.

Ein sofortiges Ende der Zahlungen und die folgende Verschiebung des Anleihenaustausches (DEFERRAL OF THE BONDS EXCHANGE) wird viele Übel abwenden.

- Erstens gäbe es keinen Bankrott unserer Rentenfonds, deren Vermögen in Folge des 'Private Sector Involvement Agreement' (einer Vereinbarung zur stärkeren Beteiligung des Privatsektors) um 12 Milliarden Euro gekürzt würden.

- Zweitens käme es nicht zur skandalösen Rückzahlung unseres ersten Bailout-Darlehens von 110 Milliarden Euro von der Troika, über das nicht einmal im Parlament abgestimmt wurde, das aber heute wie üblich zurückgezahlt und nicht einmal um einen einzigen Euro verringert würde.

- Drittens fänden wir möglicherweise endlich Gehör für unsere schon lange bestehende Forderung an Deutschland, die Darlehen zurückzuzahlen, die es erhielt, während Griechenland sich unter der Terrorherrschaft der Nazis befand.

Die Einstellung der Zahlungen an unsere Gläubiger ist für Griechenland verfassungsrechtlich nötig, da wir uns in einer Notsituation befinden: Es ist unmöglich, gleichzeitig unsere Schulden zu begleichen und staatliche Leistungen wie Gesundheitsvorsorge, Bildung und soziale Sicherheit zu erbringen. Die Notsituation als Grund für einen Rückzug von internationalen Verpflichtungen (speziell durch die Ankündigung, Zahlungen nicht zu leisten) wird von der UN-Völkerrechtskommission und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anerkannt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte akzeptierte vor kurzem das gleiche Recht in bezug auf die Schulden Russlands, da er entschied, die Interessen der Öffentlichkeit seien wichtiger als die wirtschaftlichen Forderungen der Gläubiger.

Die politischen Maßnahmen des Staates und der Troika sind nicht nur katastrophal und unmenschlich, sondern **auch illegal und verfassungswidrig**. Aus all diesen Gründen werden alle Verantwortlichen eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden. Verträge wie der neue internationale Vertrag, der die Lebensbedingungen der griechischen Bevölkerung so radikal verändert, können nur durch ein Referendum legitimiert werden. So lange Verträge nicht in dieser Form gerechtfertigt sind und so lange sie die griechische Bevölkerung versklaven, wird die Bevölkerung sie als null und nichtig betrachten – ebenso wie alle Memoranden und Policen, die sie begleiten.

Premierminister Loukas Papadimos' Regierung bringt uns ein soziales Armageddon, indem sie uns Beschlüsse von Gipfeln der Eurozone und katastrophale Maßnahmenpakete des Internationalen Währungsfonds aufzwingt. Diese werden eine Zahlungsunfähigkeit nicht verhindern, sondern sie noch wahrscheinlicher machen. Sogar die Deutschen geben inzwischen zu, dass sie früher oder später neue Sparmaßnahmen, neue Verträge und weitere Armut bringen werden, da sie keine Alternative sehen.

Die Regierung und die Troika erzwingen eine **brutale strategische Einkommensumverteilung** zum Nachteil der Ärmsten; der Wohlfahrtsstaat (Gesundheits-vorsorge, Bildung, soziale Sicherheit und öffentliche Versorgung) wird vollkommen zusammenbrechen, und Griechenland wird zu einer Kolonie unter der Herrschaft deutscher Gauleiter werden. Die Greek Debt Audit Campaign und andere soziale Gruppen haben dies vorhergesehen: Es handelt sich um einen puren **Klassenkonflikt,** der die Gesellschaft ins Unglück stürzen und Rechte vernichten wird, die über Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurden.

Wir, die wir bei dieser Strategie die Verlierer sind, schlagen folgendes vor: **sofortige Einstellung der Zahlungen, Schuldenrevision, sofortige finanzielle Unterstützung für Geringverdiener, Erhöhung der Löhne, der Renten und des Arbeitslosengeldes, Verstaatlichung des Bankensystems und eine großzügige Zahlung zugunsten sozialer Sicherungsnetze und des Wohlfahrtsstaates.**

Dies ist die einzige Lösung für die Bevölkerung und das genaue Gegenteil derjenigen, die die Troika und die Regierung vorschlagen. Diese Lösung bedeutet eine Umverteilung des Einkommens, mehr Reichtum für die am wenigsten Verdienenden, eine Verminderung der sozialen Ungleichheit und eine Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens.

All das ist möglich und könnte sogar zu einem erneuten Wirtschaftswachstum führen. Aber es kann nur funktionieren, wenn die Gesellschaft auf die Straße geht und die Banker aus der Regierung vertreibt. Auch wenn über das Monster, das Papadimos, der Internationale Währungsfonds und die EU erschaffen haben, im Parlament abgestimmt worden ist – noch ist nichts vorbei. Der Kampf der Bevölkerung wird ihre Gesetze zunichte machen.

http://elegr.gr/details.php?id=323

Steffen Stierle

Bericht von der Delegation in Athen im März

Diktat der Troika: Privatisierung von Public Housing in Griechenland

Der letzte Termin, an dem ich in Athen teilgenommen habe, fand bei der Organisation „**Public Housing**“ statt. Am selben Tag wurde im griechischen Parlament die **Schließung** dieser Organisation beschlossen. Das war eine unmittelbare **Auflage der Troika** (Europäische Kommission, Zentralbank und IWF), die zu erfüllen war, um die nächste Kredittranche ausgezahlt zu bekommen.

Staatlich oder städtisch verwaltete Sozialwohnungen gibt es in Griechenland nicht. Stattdessen gibt es bisher das beitragsfinanzierte System „Public Housing“. ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zahlen paritätische Beiträge durch die in ganz Griechenland rund 100.000 öffentliche Wohnungen zu relativ niedrigen Mietpreisen betrieben werden. Genutzt wird das insbesondere von ArbeitnehmerInnen mit geringen Einkommen und ihren Familien. Über diese Wohnungen hinaus betreibt Public Housing auch Kindergärten und einige Urlaubsdomizile, die von GeringverdienerInnen günstig genutzt werden können.

In Kürze werden diese Wohnungen und Kindergärten privatisiert werden. Die Mieten werden steigen, viele der BewohnerInnen werden ausziehen müssen, viele werden obdachlos werden. Die 1.400 Angestellten der Organisation werden arbeitslos werden. Angesichts der zahlreichen Kürzungen in den sozialen Sicherungssysteme und der miserablen wirtschaftlichen Lage droht den meisten ein ziemlich schneller, ziemlich tiefer Absturz.

Die Organisation hat lang um ihren Erhalt gekämpft und dabei auch sehr nachdrücklich an verschiedene EU-Behörden appelliert. Vergebens. Die Umstrukturierung Griechenlands ist ein tabuloser Prozess. Dabei offenbart gerade das Beispiel Public Housing ganz unverblümt worum es eigentlich geht. Mit den Schulden hat das nichts zu tun. Public Housing kostet den Staat kein Geld. Die Organisation ist zu 100% beitragsfinanziert. Aktuell hat sogar der Staat Schulden bei der Organisation, da der Staat die Beiträge einzieht und dann weitergibt. Letzteres hat er aber schon eine ganze Weile nicht mehr getan.

Es geht also nicht um die Schulden, aus denen man sich heraus sparen müsse. **Es geht um den Ausverkauf des Landes und die Zerstörung jeglicher sozialstaatlicher Strukturen**. Während die “Rettungskredite” in Deutschland als Akt der Solidarität verkauft werden, richtet die Bundesregierung in Griechenland ein Sperrkonto ein, durch das sichergestellt wird, dass zuerst die Forderungen der Gläubiger – Kreditinstitute in Deutschland, Frankreich etc. – bedient werden. In Griechenland bleibt kaum etwas hängen. Die Gesundheitsversorgung von Kindern, die Grundbedürfnisse der Menschen, ob Nahrung oder Wohnung, diese Dinge werden den Interessen der Banken systematisch untergeordnet. Zudem werden an die Kredite noch drakonische Kürzungsauflagen gekoppelt, die nichts, aber auch gar nichts, gegen die Krise bewirken können, die Krise weiter verschärfen, eine immer tiefere soziale Krise verursachen und die Machtverhältnisse tiefgehend zugunsten des globalen Kapitals verschieben.

http://blog.attac.de/?p=1061

Weitere Berichte und Interviews anläßlich der Reise einer attac-Delegation nach Griechenland Anfang März: http://blog.attac.de/?cat=4

Catastroika *- Die Gruppe von Debtocracy, ein Dokumentarfilm mit zwei millionen Zuschauern, welches von Japan bis Lateinamerika übertragen wurde, analysiert die Verschiebung des Staatseigentums in private Hände.*
http://www.catastroika.com/detailsde.php?id=219&type=s
http://www.catastroika.com/indexde.php *(Filmpremiere in Internet am 26.4.um 20 Uhr)*

Dokumentarfilm, Ende Februar 2012: *http://www.france.attac.org/videos/grece-ne-doit-rien-ne-vend-rien-ne-paie-rien*

Abschiedsbrief von Dimitris Christoulas

Der 77 Jahre alte Apotheker hat sich am 4. April in der Nähe des griechischen Parlaments erschossen.

„Die Besatzungsregierung Tsolagoglou hat wortwörtlich die Möglichkeit meines Überlebens auf null gesetzt,*
die sich auf eine menschenwürdige Rente stützte, für die ich 35 Jahre lang eingezahlt habe (ohne jeglichen Zuschuss vom Staat).
Weil ich ein Alter erreicht habe, wo ich nicht mehr in der Lage bin, aktiv zu intervenieren (ohne jedoch auszuschließen,
dass wenn ein Grieche ein Kalashnikov ergriffen hätte, ich dann der zweite gewesen wäre),
finde ich keine andere Lösung als ein würdiges Ende,
bevor ich die Mülltonnen durchwühle um mich zu ernähren.
Ich glaube, dass die Jugend ohne Zukunft eines Tages die Waffen ergreift,
und am Platz der Verfassung die nationalen Verräter mit dem Kopf nach unten aufhängen wird,
wie die Italiener 1945 mit Mussolini taten (am Platz Loreto in Mailand).“

** Tsolagoglou wurde 1941 von den deutschen Besatzungskräften als Premierminister ernannt.*
http://www.cadtm.org/Lettre-manuscrite-de-Dimitris

Damien Millet
Die vielversprechende Dynamik des Bürgeraudits in Frankreich

Seit Anfang der 80er Jahre werden die Länder der „Dritten Welt" mit der Schuldenkrise und ihren Konsequenzen konfrontiert. Der IWF und ihre Gläubiger haben **strukturelle Anpassungspläne** durchgesetzt, die die betroffene Wirtschaft unterdrückt halten, soziale Verwüstungen in der Bevölkerung hervorgerufen haben, und die den Weg geebnet haben für finanzielle Gewinne transnationaler Firmen, die ohne Hindernisse Marktanteile gegenüber lokalen Firmen an sich reißen konnten.

Diese Logik hat bis Mitte der 2000er Jahre angehalten. Der Kursanstieg für Rohstoffe ab 2004–2005 hat es den exportierenden Ländern gestattet, Devisenreserven anzulegen, die sie oftmals dazu benutzt haben, sich der unliebsamen Bevormundung durch den IWF zu entziehen: Brasilien, Argentinien, Uruguay, die Philippinen, Indonesien, alle haben vorzeitig an den IWF zurückgezahlt.
Kein Land hat sich tiefgreifend mit der Einrichtung eines Wirtschaftsmodells beschäftigt, das eine Alternative zum herrschenden Kapitalismus darstellt, der humanitäre Belange sowohl auf sozialer wie auf umweltpolitischer Ebene an die Wand fährt – auch wenn Argentinien und Ecuador es ihren Gläubigern schwer gemacht haben. Von Dezember 2001 bis März 2005 hat **Argentinien** die Rückzahlung von 90 Milliarden Dollar zurückgehalten und seinen privaten Gläubigern die Stirn geboten, die einen Forderungsausfall in Höhe von 65 % hinnehmen mussten.
Im Jahr 2008, nach einer vom Präsidenten Rafael Correa angeordneten Überprüfung, hat **Ecuador** sich geweigert, 70 % der Privatschulden zurückzuzahlen, die als illegitim erachtet wurden und hat diese schließlich zu 35 % ihres Wertes abgelöst: dadurch hat die Regierung 7 Milliarden Dollar eingespart, die sie in Sozialausgaben investieren konnte.

Seit 2007-2008 hat die Krise auch den Norden befallen und Europa ist der am stärksten betroffene Kontinent. Die europäischen Völker müssen ihre Lehre ziehen aus dem, was die Bevölkerung der südlichen Länder seit drei Jahrzehnten erleidet. Im Norden wie im Süden ist die vorherrschende Meinung, dass die Bevölkerung Schuld sei, die über ihre Verhältnisse gelebt habe. Von dieser Feststellung ausgehend ist die einzige vorgeschlagene Lösung verheerend: generelle Sparsamkeit, unzählige Opfer, eine schwerwiegende Verschlechterung der Lebensbedingungen, alles mit dem einzigen Ziel, die Rückzahlung der Schulden an die Gläubiger sicherzustellen.

Im täglichen Leben werden hingegen alle unsere Zahlungen nach Vorlage einer Rechnung geleistet, die gekaufte Waren oder geleistete Dienstleistungen als Gegenleistung aufweisen. Wo ist diese Rechnung im Fall der Staatsverschuldung?
Wenn eine Verschuldung besteht, dann beruht sie auf einer von drei Ursachen:
- auf dem **Anstieg des Zinssatzes** Anfang der 1980er Jahre,
- auf der **Gegenreformation des Steuersystems**, die eine erhebliche Senkung der Individualsteuer für die Wohlhabensten und auf Unternehmensgewinne ermöglicht hat,
- sowie die **aktuelle Krise**, die von Banken und anderen privaten finanziellen Einrichtungen hervorgerufen wurde.

Die Bevölkerung kann nichts dafür, sie lebt nicht über ihre Verhältnisse, denn die grundlegenden Menschenrechte sind oft nicht vollständig gesichert, und die vorgelegte Rechnung enthält keinerlei Güter oder Dienstleistungen, die sie in Anspruch genommen hätten. Es sind die Gläubiger, die über ihre Verhältnisse leben, nicht die Bevölkerung. Müssen wir ihre Schulden begleichen?

Die einzige Möglichkeit, hier eine Antwort zu finden, ist es, einen **detaillierten Blick auf die Geschichte dieser Verschuldung** zu werfen. Das hierfür eingesetzte Werkzeug ist das **Bürgeraudit**: es liegt an uns, zu verstehen, woher diese Schulden kommen und die verschiedenen Verantwortlichkeiten aufzuzeigen. Das Audit ermöglicht es, den Teil der Staatsverschuldung zu ermitteln, der ungerechtfertigt ist, den das Volk sich weigern muss zu zahlen und der erlassen werden muss. Im Sommer 2011 haben Verbände, Gewerkschaften und politische Parteien in Frankreich ein Kollektiv gegründet, um dieses Bürgeraudit der Staatsverschuldung durchzuführen (CAC, siehe auch www.audit-citoyen.org). Ein Referenztext wurde erstellt und zur Unterschrift vorgelegt. Dieser Aufruf zu einem Audit war sechs Monate später von über 58.000 Bürgern unterzeichnet worden.

Diese Forderung nach einem Audit, auf nationaler Ebene gestartet, wurde also sehr schnell von zahlreichen Bürgern im gesamten Staatsgebiet unterstützt. Dutzende von lokalen Gremien wurden spontan eingerichtet, ohne dass es sich um einen "von oben kommenden" Schritt handelte. Der Beschluss, diesen Audit zu starten, traf die Besorgnis der französischen Bevölkerung und ihr Bedürfnis, etwas zu tun, genau in dem Moment, wo die europäische Union eine mit der Verschuldung begründete Welle von Sparprogrammen unterzogen wird.. Wenn man entscheidet, zu zahlen, möchte man wissen, wofür. WIR wollen entscheiden, was wir zur Rückzahlung akzeptieren und welche Zahlung nicht akzeptabel ist. Das Audit ist der zwangsläufige Weg zu diesem Ziel.

Im Dezember 2011 hat die Radio-Sendung «Là-bas si j'y suis » (Dort, wenn ich da bin) von Daniel Mermet auf France Inter (frz. Radiosender) mit dem Titel «La dette ou la vie » (Schuld oder Leben) rund um die Aktivitäten des CADTM (Komitee zur Abschaffung der Verschuldung der dritten Welt) einen bedeutenden Erfolg erzielt. In den folgenden Wochen gab es zahlreiche Anforderungen nach Informationsmaterial und Kontaktaufnahmen. Das Echo der Forderung nach einem Audit und die Unrechtmäßigkeit der Verschuldung zeigte sich auf durchschlagende Weise.

Am 14. Januar 2012 organisierte das CAC einen ersten Aktionstag in Paris, ausgerichtet auf lokale Gremien, die dringend Informationen und Aktionswege benötigten. Ungefähr 50 Personen wurden erwartet, es waren schließlich über 120 anwesend. Dies war die Bestätigung, dass sich etwas Vielversprechendes abspielte. Die Absichten von Teilnehmern, lokale Gremien einzurichten, oder zum Fachwissen beizutragen, stiegen exponentiell. Am nächsten Tag sind durch die Initiative von Attac und Médiapart im Veranstaltungszentrum Espace Reuilly in Paris mehr als 1.100 Menschen zusammengekommen, um über das Thema "***Ihre Schulden, unsere Demokratie***" zu reflektieren. Es wurde sogar eine Konferenz auf dem Bürgersteig vor dem Espace Reuilly improvisiert, denn die Halle bietet nur 700 Plätze. Ein neuer Abschnitt hatte begonnen.

Anfang März 2012 waren **mehr als 110 Komitees** gebildet worden. Oftmals erarbeiten Arbeitsgruppen Informationen über die globale Analyse oder beginnen Arbeiten an einem lokalen Audit, die sich mit der Verschuldung von Gebietskörperschaften, Krankenhäusern und sozialen Wohneinrichtungen beschäftigen. Andere bereiten Straßeaktionen vor oder analysieren die Auswirkungen der Sparpolitik auf lokaler Ebene. Energien sind mobilisiert, die Struktur ist eingerichtet, die Offensive hat begonnen. Sie ist unabdingbar, um auf demokratische Weise die Entscheidungskraft zurückzuholen, die uns von Gläubigern und Finanzmärkten entzogen wurde. Das Tabu über die Frage der Rückzahlung der Staatsverschuldung muss endlich gebrochen werden.

Damien Millet ist Sprecher des CADTM France und mit Eric Toussaint Autor des Buches AAA. Audit Annulation Autre politique, Seuil, 2012.

Übersetzung Gina Heidemann, Korrektur Katharina Hauptmann, coorditrad.

Homepage der Kampagne: http://www.audit-citoyen.org , S. auch SiG 93
Yorgos Mitralias *wertet die Erfahrungen mit dem Bürgeraudit über die öffentlichen Schulden in Griechenland aus und definiert die Prioritäten, Aufgaben und Ziele einer solchen Kampagne in Europa:* *http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article2495*

Jan Kühn

Venezuela gedenkt Putschversuch vor zehn Jahren

Zehntausende beteiligen sich an Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen. Regierung hebt Rolle alternativer Medien hervor

14.04.2012, Caracas.

Mit zahlreichen Kundgebungen, Demonstrationen, Ausstellungen und Veranstaltungen ist in Venezuela der Niederschlagung des Putsches vor zehn Jahren gedacht worden. Zehntausende Menschen nahmen an den vor allem von der Regierung organisierten Veranstaltungen teil. Ein Bündnis von Basisorganisationen beteiligte sich mit einer eigenen Demonstration zur abschließenden Kundgebung vor dem Präsidentenpalast am Freitag in Caracas.

Am **11. April 2002** hatten Teile des Militärs mit Unterstützung privater Medienkonzerne, oppositioneller Parteien, der Führung der katholischen Kirche, des rechten Gewerkschaftsdachverbands CTV und des Unternehmerverbandes Fedecámaras den linken Präsidenten Hugo Chávez aus dem Amt geputscht. In den folgenden Tagen gelang es den Anhängern des Präsidenten und loyalen Militärs jedoch, den Putsch niederzuschlagen. Am 13. April kehrte Chávez aus der Gefangenschaft in sein Amt zurück.
Der venezolanische Informationsminister Andrés Izarra hob die besondere Rolle nachbarschaftlicher und alternativer Medien bei der Mobilisierung der Bevölkerung hervor. "*An jenem Tag ist das Volk zum Protagonisten gegen das niederträchtige Schweigen der Medien geworden, das die großen privaten Medienkonglomerate der Gesellschaft aufgezwungen haben, um den Putsch zu leiten, zu planen und voranzutreiben*", sagte der Minister am Mittwoch.
Um die **Entwicklung alternativer Medien** weiter zu fördern, kündigte er die Einrichtung eines **staatlich unterstützten Netzwerks von Basismedien** an. Das Netzwerk mit dem Namen Fabricio Ojeda soll dazu beitragen, Programme der lokalen Medien auf nationaler Ebene zu verbreiten. Hierzu werde die Infrastruktur des staatlichen Radiosenders Radio Nacional de Venezuela (RNV) genutzt.
Die Putschisten hatten 2002 die staatlichen Medien übernommen und durch die Unterstützung der privaten Medien die falsche Information verbreitet, Chávez sei zurückgetreten. Um die Medienblockade zu durchbrechen mussten Basisorganisationen alternative Wege zur Kommunikation entwickeln. Diese Erfahrung war ein bedeutender Impuls für das Wachstum alternativer und nachbarschaftlicher Medien in Venezuela.

Zum Abschluss der Feierlichkeiten füllten am Freitag die Anhänger des Präsidenten die Straßen um den Präsidentenpalast Miraflores. Vermutlich handelte es sich um eine der größten Demonstrationen seit mehreren Jahren. In einer Ansprache vom "Balkon des Volkes" würdigte Chávez die entscheidende Rolle der Bevölkerung bei der Niederschlagung des Putsches. Ohne den Erfolg vom 13. April 2002 würde nicht nur Venezuela heute völlig anders aussehen. Auch die regionalen Fortschritte zu einer wirklichen Unabhängigkeit Lateinamerikas 200 Jahre nach der Befreiung vom Kolonialismus hätten nicht erreicht werden können, wenn die Putschisten Erfolg gehabt hätten, so Chávez.
Als Beispiel nannte er den sogenannten **Amerika-Gipfel**, der am Samstag im kolumbianischen Cartagena stattfindet. Allein die USA und Kanada stellten sich gegen die Einladung Kubas zu dem Gipfel und gegen eine Unterstützung Argentinien im Konflikt mit Großbritannien um die Malwinen (Falkland-Inseln). Dass alle Länder Lateinamerikas und der Karibik eine andere Position haben, zeige die Notwendigkeit neuer regionaler Organisationen wie der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (**Celac**). Die Organisation, der alle amerikanischen Staaten außer Kanada und die USA angehören, wurde vergangenes Jahr in Caracas gegründet.

http://amerika21.de/nachrichten/2012/04/51102/putsch-venezuela

Natasha Pitts

Haiti: MINUSTAH begeht seit 2004 Menschenrechtsverletzungen

Vor Kurzem veröffentlichte das **Bündnis von Menschenrechtsorganisationen Haitis (POHDH)** einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen, begangen von der *Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti (*MINUSTAH; UN-Mission für die Stabilisierung Haitis), die das Land unter dem Vorwand, den Frieden zu gewährleisten, einen Rechtsstaat zu errichten und für Sicherheit zu sorgen, seit 2004 besetzt hält.

Der Bericht zeigt, wie das Auftreten der MINUSTAH mehr und mehr zur Zielscheibe harter Kritik vonseiten der haitianischen Gesellschaft wird. Dieser Befund wird gestützt durch die zahllosen Demonstrationen der Bevökerung und der organisierten Zivilgesellschaft, bei denen der Abzug der Truppen gefordert wird.

Nicht von ungefähr **fordert das Volk den Abzug der sogenannten Blauhelme.** Der Bericht des Organisationsbündnisses offenbart, dass die Atmosphäre der Unsicherheit sich seit der Ankunft der Truppen ausbreitete, und erinnert daran, dass die Einschleppung und die Verbreitung der Cholera auf die Angehörigen der MINUSTAH zurückzuführen sind.

Das Dokument verzeichnet auch die von den Soldaten verübten **Greueltaten**, vor allem in Armenvierteln wie Cité Soleil, Bel Air und Martissant, und ergänzt damit andere Berichte über Operationen, in denen Tötungen, Körperverletzungen, Misshandlungen und Zerstörungen von Privateigentum dokumentiert sind. Von Februar 2004 bis Dezember 2006 wurden allein in der Region der Hauptstadt Port-au-Prínce 74 Personen bei Einsätzen der MINUSTAH getötet. Auch in anderen Departements waren Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen. Das POHDH erwähnt die Hinrichtung von General Gilles am Cap-Haïtien, die Vergewaltigung von Johny Jean in Port-Salut und von Roody Jean in Gonaïves sowie die Ermordung von Widerson Gena während einer Demonstration in Verrettes.

Nicht einmal die Polizei bleibt von den Ausschreitungen der Soldaten verschont,

wie die vom POHDH aufgedeckten Fälle von Gewaltanwendung gegen und versuchter Vergewaltigung von Polizisten durch die Soldaten belegen. Ein Vorfall ereignete sich am 29. Mai 2008. Der Polizist Luckinis Jacques vom Polizeirevier Cité Soleil wurde von Angehörigen der MINUSTAH vergewaltigt. Das Gleiche geschah am 6. August 2008 den Polizisten Donson Bien-Aimé und Ronald Denis, ebenfalls Angehörige des Polizeireviers Cité Soleil. (...) Das Organisationsbündnis Haitis betont, dass in keinem der Fälle Verfahren zur Bestrafung der Täter oder zur Entschädigung der Opfer eingeleitet wurden.

Neben all dem Leid, das die Anwesenheit der Soldaten für die Bevölkerung mit sich bringt, verursacht die MINUSTAH nach Aussagen des POHDH außerordentlich **hohe Kosten**. *„Die Ausgaben für ihren Einsatz verweisen auf einen eklatanten Widerspruch zwischen der Absicht, im Hinblick auf die sozioökonomische Entwicklung in Haiti Stabilität zu schaffen, und der Bereicherung der internationalen Akteure, die einen Großteil der Bevölke-rung ins Elend stürzt"*, lautet die Kritik.

Die Vielzahl der Vorfälle beweist, dass das Auftreten der MINUSTAH gegen nationale und internationale Regeln zum Schutz der Menschenrechte verstößt, unter anderem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, zu deren Unterzeichnern Haiti gehört und deren Artikel drei bestimmt, dass jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit hat.

Aus all diesen Gründen verurteilt das Bündnis die Anwesenheit der Soldaten im Land. *„Ein Rechtssystem, das immer noch Straffreiheit und Menschenrechts-verletzungen begünstigt, wird keine echte Veränderung bewirken. Zahlreiche Personen sind weiterhin Opfer illegaler und willkürlicher Verhaftungen und lang andauernder Untersuchungshaft, während Verbrecher wie Jean-Claude Duvalier nach wie vor Straffreiheit genießen"*, rügt es und konstatiert, dass der achtjährige Einsatz der MINUSTAH in Haiti keinen Nutzen für die Bevölkerung oder für das Land mit sich gebracht hat.

Das Bündnis von Menschenrechtsorgani-sationen Haitis appelliert an die Länder, die sich als Freunde Haitis bezeichnen, nicht vom Ausland initiierte Projekte, sondern nationale Initiativen zu unterstützen, die den dringenden Bedürfnissen der Mehrheit der haitianischen Bevölkerung entsprechen.

Quelle: Grano de Arena
Übersetzung: Werner Horch

Frühere Artikel über Haiti in „Sand im Getriebe" Nr.80:
http://sandimgetriebe.attac.at/8602.html

Grano de Arena („Sand im Getriebe") - spanischer Newsletter der Attac-Bewegung

***Dieser Newsletter erscheint wöchentlich - Hier als Kosteprobe die Übersicht der Artikel in der Nummer 649 vom 9.April*:**

CUANDO LOS EMERGENTES DISEÑAN EL NUEVO MUNDO LOS BRICS Y LA CAÍDA DE OTRO MURO
Gut vier Seiten langer Artikel von Raúl Zibechi: Er befasst sich mit dem Ende des Systems von Bretton Woods, der zuneh-menden weltweiten Bedeutung der BRICS-Staaten auf diplomatischem, wirtschaft-lichem und militärischem Gebiet, mit dem vierten Gipfeltrefffen der BRICS-Staaten in Neu-Delhi, mit Voraussagen über den weiteren Gang der gegenwärtigen Krise sowie mit der abnehmenden Bedeutung des US-Dollars als weitweiter Leitwährung und der zunehmenden Bedeutung der Währungen der BRICS-Staaten.

TRIUNFO HISTÓRICO: FAO DE AMÉRICA LATINA Y EL CARIBE INICIARÁ DEBATE EN TORNO A LA SOBERANÍA ALIMENTARIA.
Die FAO Lateinamerikas und der Karibik hat beschlossen, eine Diskussion über das Thema Nahrungsmittelsouveränität zu beginnen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Angestrebt werden auch Regelungen über den Besitz von Grund und Boden, Fischbeständen und Wäldern. Wichtiges Thema, hier aber eher als Kurzmeldung verpackt.

CORREA CONFIRMA QUE NO ASISTIRÁ A LA "CUMBRE DE LAS AMÉRICAS"
Brief des Präsidenten der Republik Ecuador, Rafel Correa Delgada, an den Präsidenten Kolumbiens, Juan Manuel Santos: Er teilt mit, dass er am Gipfel-treffen amerikanischer Staaten am 14. Und 15. April 2012 nicht teilnehmen wird. Er begründet die Entscheidung damit, dass Kuba nicht eingeladen wurde und dass bei solchen Gipfeltreffen wesentliche Angelegenheiten immer wieder ausgeklam-mert und die Beseitigung der bestehenden Probleme nicht in Angriff genommen wird, zum Beispiel der Handelsboykott gegen Kuba, die Kolonisierungung der Malvinas, die Armut und Ungleichheit in Amerika.

A VEINTE AÑOS DE LA AGENDA 21.
Gut drei Seiten langer Artikel von Miguel Palacín Quispe: Er erinnert an die auf dem Erdgipfel von Rio 1992 gefassten Beschlüsse in Bezug auf den Klimawandel und die Folgen, den Umgang mit der Natur und die Rechte indigener Völker und stellt fest, dass vieles, wenn nicht alles davon, nicht umgesetzt wurde, die Erderwärmung und die Emission von Treibhausgasen zugenommen haben. Er kritisiert "falsche Lösungen", die er darin sieht, das alles zur Ware wird, spricht sich gegen die Privatisierung lebenswichtiger Güter wie Wasser aus, und fordert unter anderem, das neoliberale Modell des Kapitalismus zu beseitigen, eine auf Nachhaltigkeit und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur beruhenden Wirtschaftsweise, bei der die Rechte indigener Völker auf Mitsprache und Teilhabe bei Beschlüssen und ihrer Umsetzung beachtet werden. Am Ende stellt er konkrete Forderungen auf.

LA REBELIÓN QUE RECORRE LA AMERICA MORENA documento audiovisual realizado en Claves del Sur .
http://youtu.be/Gc73hLVxQLo
Hier werden einige Fragen in Bezug auf die Aktivitäten von multinationalen Bergbau-gesellschaften in Südamerika gestellt. Am Ende steht der Hinweis auf einen Film, in dem diese Fragen behandelt werden.

Redaktion von El Grano de Arena: Corresponsal de Attac España : Alfonso Hernández Lara
Distribución: Tom Roberts , Edición: Susana Merino

Bestellung der Newsletter: http://list.attac.org/wws/subscribe/attac-informativo
Ältere Nummern: http://attacargentina.com.ar/leer.php/2010748

Uwe Hoering

Die Quadratur des Kreises: FAO-Bericht empfiehlt "nachhaltige Intensivierung" als Ausweg aus Land- und Wassermangel.

Der globale Bericht über den Zustand von Böden, Wasser und biologischer Vielfalt, den die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft **FAO** Ende November vorgelegt hat (State of the World's Land and Water Resources for Food and Agriculture, SOLAW), **bestätigt die schlimmsten Befürchtungen**: Ausgelaugte und vergiftete Böden, verschwendete und verschmutzte Süßwasserressourcen und der anhaltende Verlust der einstigen Vielfalt landwirtschaftlicher Nutzpflanzen durch ausgeräumte Landschaften und Monokulturen beeinträchtigen die Produktivität der Landwirtschaft, deren Wachstumsraten heute nur noch halb so hoch sind wie zu den Hochzeiten der Grünen Revolution, in einem schwer abzuschätzenden, jedoch alarmierenden Ausmaß - eine Landwirtschaft, die in vielen Regionen am Limit der natürlichen Ressourcen arbeitet, in manchen sogar darüber hinaus. Gleichzeitig werde die Konkurrenz um Land und Wasser, so der Bericht, „allgegenwärtig“.

Interessanter als die fleißig gesammelten Daten, die aufwändigen Schaubilder und Landkarten sind jedoch die Lösungsvorschläge, die die FAO unterbreitet. Dafür muss man zunächst kurz einen Blick auf **ihre Analyse der Ursachen** werfen: „Managementpraktiken, die die Systeme degradiert haben“, exzessiver Bevölkerungsdruck sowie landwirtschaftliche Nutzungen, die nicht nachhaltig sind. Oben drauf kommt dann noch als Erklärung der Klimawandel.

Dabei nennt sie allerdings weder Ross noch Reiter, Opfer oder Täter, wirtschaftliche und politische Interessen oder Triebkräfte, Eigentums- und Machtverhältnisse. Beispielsweise fehlt weitgehend die notwendige Differenzierung zwischen bäuerlicher und agrarindustrieller Landwirtschaft, die beide für den Bericht gleichermaßen 'privater Sektor' sind. Der Kunstgriff, mit dem diese Analyse jegliche Unterschiede verwischt, besteht darin, von „der Landwirtschaft“ zu sprechen. Natürlich ist unstrittig, dass beide – kleinbäuerliche Höfe und kommerzielle Großbetriebe - zu Umweltzerstörung in ihren verschiedenen Formen beitragen, allerdings aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Ausmaß – die einen oft aufgrund von Armut und fehlender Voraussetzungen für eine nachhaltigere Nutzung ihrer begrenzten Ressourcen, die anderen aufgrund von Technologien und „Managementpraktiken“, die durch die Profitorientierung bestimmt sind. Entsprechend unterschiedlich sind ihre Anforderungen an eine „nachhaltige Intensivierung“ als Ausweg aus den Krisen, diesem neuen Paradigma, das die Nutzung von Land- und Wasserressourcen effektiver machen soll, ohne sie zu schädigen.

Die **Lösungsvorschläge** sind dann auch genauso beschränkt und undifferenziert wie die Ursachenanalyse: Da wird das Mantra einer effizienten Wassernutzung als „Schlüssel“ für die Probleme wiederholt, innovative Anbaumethoden wie Conservation Agriculture, Agroforstwirtschaft, integrierte Systeme von Anbau und Tierhaltung und von Bewässerung und Aquakultur „versprechen eine effiziente Ausweitung der Produktion, um Ernährungsunsicherheit und Armut zu verringern und gleichzeitig die Auswirkungen auf die Ökosysteme zu begrenzen“. Viele dieser Empfehlungen werden längst praktiziert in der bäuerlichen Landwirtschaft – ob sie nun auch für die industrielle Landwirtschaft gelten sollen oder wie ansonsten ihre „nachhaltige Intensivierung“ aussehen könnte, bleibt offen.

Dazu kommt eine Wunschliste der Beliebigkeit: Eine 'Modernisierung' nationaler Politik und Institutionen, der Abbau von 'negativen Anreizen' wie niedrige Energiepreise, verbesserte Regelungen für Landbesitz und Ressourcenzugang, wirksame landwirtschaftliche Beratung und Forschung, gesicherter Marktzugang und eine Umkehr des Abwärtstrends bei den Agrarausgaben in Staatshaushalten und Entwicklungszusammenarbeit. Kurzum, „bessere Technologie, Managementpraktiken und Politik“ sowie als die neuesten Steckenpferde im Stall die Bezahlung für sogenannte Umweltdienstleistungen (Payments for Environmental Services) und CO2-Märkte.

Ein weiteres Schlüsselelement der Argumentation sind die angeblich erforderlichen Investitionen in die landwirtschaftliche Entwicklung: 1 Billion US-Dollar veranschlagt der Bericht zwischen 2007 und 2050 allein für „Bewässerungs-Management“ in den Ländern des Südens – auch hier wieder ohne zu differenzieren zwischen bäuerlicher Landwirtschaft, die oft Regenfeldbau ist, und großflächigen Agrarindustrien, die den Löwenanteil dieser Mittel beanspruchen würden.

Dankenswerterweise versprechen ja inzwischen private Investoren, den Regierungen und Entwicklungsorganisationen diese finanzielle Bürde teilweise abzunehmen – allerdings bislang ohne erkennbare Ansätze einer „nachhaltigen Intensivierung“. Überhaupt spielt der Bericht das Ausmaß von **'Land grabbing'** herunter („Large-scale land acquisitions remain a small proportion of suitable land in any one country“), obwohl er gleichzeitig festhält, dass gerade in vielen Ländern des globalen Südens Land- und Wasserressourcen besonders knapp sind.

Vor allem aber: **Der FAO-Bericht hält am Wachstumsdiskurs fest**, bereits im ersten Satz malthusisch begründet mit dem Wachstum der Weltbevölkerung. Erforderlich sei eine um 70 Prozent höhere weltweite Nahrungsmittelproduktion bis 2050, in Ländern des globalen Südens sogar eine Verdopplung. Gegenüber 2009 müssten dann jedes Jahr zusätzlich 200 Millionen Tonnen tierischer Produkte und eine Milliarde Tonnen Getreide erzeugt werden. Mit diesem angeblichen Bedarf werden auch die Mondzahlen zu Investitionen gerechtfertigt.

Wie beispielsweise die Studie **How to Feed the World's Growing Billions** bereits gezeigt hat, setzt die FAO für diese Prognose allerdings einerseits den Nachfragezuwachs viel zu hoch an. Andererseits werden zahlreiche Faktoren, die den Anstieg der Agrarproduktion reduzieren könnten, ausgeblendet – weniger Fleischkonsum, weniger Agrartreibstoffe, weniger Verschwendung, weniger Nachernteverluste, ... Und sie macht wieder keinen Unterschied zwischen einem nachhaltigem Wachstum durch bäuerliche Landwirtschaft und einem eher destruktivem Wachstum der Agrarindustrie.

So krankt der Bericht denn auch an dem grundlegenden Widerspruch, dass die angestrebten Ziele, die Ernährungssicherheit und die Lebensbedingungen der ländlichen Armen zu bessern, die Ökosysteme zu schützen und die Konflikte zwischen konkurrierenden Nutzern von Land- und Wasserressourcen zu verringern nicht erreicht werden können, wenn weiter auf derartige Wachstumsraten gesetzt wird. Das hat bislang schon nicht geklappt. Und die Empfehlungen enthalten wenig Neues, warum es in Zukunft besser klappen sollte.

Insofern könnte man den Bericht ruhigen Gewissens vergessen, zumal vermutlich nur Wenige ihn gründlich lesen werden. Wäre da nicht diese zentrale Botschaft, die immer wieder in die Debatten um die Entwicklung der Landwirtschaft gepuscht wird: Um in den kommenden vier Jahrzehnten 70 Prozent mehr landwirtschaftliche Produktion zu schaffen, brauchen wir gewaltige private Investitionen, vor allem in die Intensivierung der industriellen Landwirtschaft. Also **Mehr statt Anders, Business as usual**, versehen mit einem schicken Nachhaltigkeits-Aufkleber.

http://www.globe-spotting.de/fao-nachhaltiges-wachstum.html

Protestschreiben an die marokkanische Regierung

Wir lehnen die Gerichtsurteile gegen Mitglieder der Bewegung „20.Februar“ ab

Wir sind darüber empört und sehr besorgt, dass immer wieder Menschen, die in Marokko friedlich demonstrieren, Verhaftungen und Gefängnisstrafen, Entlassungen und sogar Übergriffe erleiden müssen.
Sechszehn Aktivisten der Protestbewegung "20. Februar" sind in Marokko zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden – unter ihnen auch der Attac-Aktivist Abdeljalil Agadil, der für vier Jahre ins Gefängnis soll. Die verurteilten jungen Männer hatten sich in der Stadt Safi an einer Demonstration für mehr Arbeitsplätze beteiligt und mit einem Sit-in eine Eisenbahnlinie blockiert.
Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Gerichtsurteile und fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung von Abdeljalil Agadil und seinen Mitstreitern.

Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte an attac Deutschland, Münchner Str.48, 60329 Frankfurt/Main schicken.

Die Sammlung dauert bis zum 20.Mai. (S. Berichte in SiG 94)

Mehr unter** http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten **Datum: 8.3.2012

***Unterschriftenliste** http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/vergangene-aktionen/speakers-tour/#unterschriften*

Kein Abkommen zwischen der EU und Israel solange Israel Völkerrecht und Menschenrechte verletzt!

Zur Beratung im Europäischen Parlament über das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Israel über die Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA) erklärt der Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel, KoPI KoPI-Sprecherkreis

An die Deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments, 26.03.2012

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

in diesen Wochen wird im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und im Ausschuss für Internationalen Handel des EP über das Zusatzprotokoll zum EU-Israel Abkommen beraten. Seine Annahme würde israelischen Industrieprodukten den Zugang zum europäischen Markt gemäß einem einzigen Zertifizierungsverfahren erlauben und damit die Beziehungen Israels zur EU vertiefen.
Dem stehen wiederholte Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte durch Israel gegenüber, wie Internationale Institutionen (VN, Weltbank, seit kurzem auch der Menschenrechtsrat) nachweisen und wie die EU selbst es direkt durch den jüngsten Bericht ihrer Missionschefs in Jerusalem zur Kenntnis erhalten hat.
Der Lissabon Vertrag beruft sich auf die Grundsätze, die zur eigenen Schaffung, Entwicklung und Erweiterung der EU geführt haben und die sie weltweit fördern soll, nämlich: Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und menschlichen Grundfreiheiten, Achtung der menschlichen Würde, die Grundsätze der Gleichheit und Solidarität und der Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

Der Lissabon Vertrag ruft die EU zu Kohärenz zwischen den verschiedenen Bereichen ihres Außen-Auftritts und ihrer Politiken auf. Im Dezember 2010 wandte sich die EU-Außenbeauftragte Frau Catherine Ashton an Parlament und Rat für Recht und Demokratie mit der Forderung, dass Handelspolitik und Menschenrechtspolitik kohärent, transparent, vorhersehbar, verwirklichbar und wirksam sein müssen.

Die Haltung der EU zum Friedensprozess im Nahen Osten ist klar: Die Blockade von Gaza soll aufgehoben werden, in der Westbank soll der Siedlungsbau eingestellt werden, da er ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden darstellt. In jüngster Zeit haben drei interne Berichte der EU-Missionschefs die von Israel im Westjordanland, einschl. Jerusalem, sowie in Israel gegen das palästinensische Volk begangene Menschenrechts-Verletzungen im Detail beschrieben.

Bereits im Februar 2011 erwähnen die Schlussfolgerungen des EU-Israel Assoziierungsrats Situationen, welche die EU als im Widerspruch zum Völkerrecht stehend erachtet sowie im Gegensatz zu Israels eigenen Vorschriften und rechtlichen Verpflichtungen, nämlich:
- die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten (Abs. 11)
- die Blockade von Gaza (Abs. 11)
- die Verletzung der Rechte der israelischen Minderheiten (Abs. 20)
- die Beschneidung der Tätigkeiten der NROs (Abs.27).

Vor diesem Hintergrund bedeutet Kohärenz, dass das ACAA sowie jedes andere Abkommen, das Israel und seinen Industrie-Unternehmen Vorteile bietet, abzulehnen ist. Dies gebieten Glaubwürdigkeit, Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit – Werte, die nicht um handelspolitischer Vorteile willen negiert werden dürfen.

Es kommt hinzu, dass in diesen Zeiten des Wandels in der arabischen Welt nicht übersehen werden darf, dass die EU nach ihren Taten und nicht ihren Grundsatzerklärungen beurteilt werden wird. Es wäre absolut unverständlich, würden das Europäische Parlament und die Abgeordneten, die uns in diesem Hohen Haus vertreten, die Augen vor den vielfachen und wiederholten Rechtsverletzungen Israels in der ganzen Region verschließen und würde der EU Handelspolitik Vorrang vor ihren Verpflichtungen gemäß Menschenrechten, Gerechtigkeit und Achtung des Völkerrechts gegeben.

Wir danken Ihren für die besondere Beachtung, die Sie unserem Anliegen schenken, und versichern Sie unserer vorzüglichen Hochachtung

Der Sprecherkreis des Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel

Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI) ist ein Verbund von bundesweit über 40 Organisationen und Initiativen (siehe www.kopi-online.de für die Liste der Mitglieder).
www.kopi-online.de
S. auch: Antrag von Vital MOREIRA, 7.3.2012 an den Parlamentarischen Ausschuss für Internationalen Handel:
http://www.europarl.europa.eu/committees/de/home.html?startValue=10#draft_reports

Bericht an die französische Nationalversammlung
Streit um das Wasser - die neue Apartheid im Nahen Osten

Aus einem Informationsbericht vom 13.12.2011 an die französische Nationalversammlung
Dieser wurde vorgelegt von der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten auf der Grundlage der Ergebnisse der Untersuchungskommission über die "Geopolitik des Wassers", die am 5.10.2010 gebildet wurde.(Details dazu weiter unten)

Die Apartheid, 1948 vom damaligen Minister-präsidenten Daniel François Malan gesetzlich verankert, zementierte in Südafrika während eines halben Jahrhunderts eine unterschiedliche Entwicklung ethnischer Gruppen. Diese Politik trennte die Rassen sowohl räumlich (Schaffung sogenannter Bantustans für schwarze und "coloured" Bevölkerungsgruppen) als auch rechtlich, indem die Freiheiten eines Teils der Bevölkerung (Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Einsatz polizeilicher Gewalt) massiv verletzt wurden. Das Apartheid-Regime wurde Anfang der 90er Jahre mit der Befreiung Nelson Mandelas, dem mutigen Kompromiss zwischen ihm und Ministerpräsident de Klerk und schließlich mit den ersten freien Wahlen beendet, die 1994 Mandelas Partei, den African National Congress ANC, in einem Erdrutschsieg an die Macht brachten.

Vergleiche hinken, und das Palästina der 2010er Jahre ist nicht das Südafrika vor 1990. Doch es gibt Begriffe und Symbole, die so aussagekräftig sind, dass sie als Hinweis dienen können.

Denn alles deutet darauf hin, dass der Nahe Osten heute Schauplatz einer neuen Apartheid ist, auch wenn kaum jemand bereit ist, das Wort in den Mund zu nehmen.

Die Trennung erfolgt zwar nach Rassen, aber man spricht verschämt von "religiöser" Trennung. Aber ist die Berufung auf einen "jüdischen" Staat etwa rein religiös?

Die Trennung ist auch räumlich: Die neu gebaute Trennmauer ist das beste Beispiel dafür, aber auch die Einteilung des Westjordanlands in die drei Zonen A, B und C: Die israelische Armee hat der Palästinenserbehörde die Verantwortung für zivile Aufgaben, sprich: die Versorgung der Bevölkerung mit den nötigen Dienstleistungen in den Zonen A und B übertragen. Diese beiden Zonen, in denen fast 95% der palästinensischen Bevölkerung der Westbank leben, umfassen aber nur 40% des gesamten Gebietes. Zone C steht indes weiterhin unter der alleinigen Hoheit der israelischen Armee. Sie macht 60% der Fläche des Westjordanlandes aus, und in ihr liegen das gesamte Bauerwartungsland, der Zugang zu den Grundwasservorkommen und alle wichtigen Straßen.

Die Trennung ist außerdem von Hochmut und Herablassung ("diese Leute können keine Verantwortung übernehmen", wiederholen gewisse israelische Entscheidungsträger immer wieder), von Belästigung und Demütigung (die Durchlasspraxis an den Checkpoints ist willkürlich und undurchschaubar), und manchmal von Gewalt (immer wider gibt es Tote beim Vorgehen gegen Demonstranten) geprägt.

Es handelt sich also sehr wohl um eine "neue Apartheid".

In dieser Situation spielt **das Wasser** im Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis eine besondere Rolle. Es erhielt in den Abkommen von Oslo sogar ein eigenes Kapitel (das fünfte). Die Erklärung von Oslo vom 13. September 1993 anerkennt die Rechte der Palästinenser an den Wasservorkommen im Westjordanland. Das Interimsabkommen von Taba vom 28. September 1993 sieht eine gemeinsame Nutzung des Wassers bis zur Unterzeichnung eines endgültigen Abkommens vor. Doch diese Aufteilung ist unvollständig: Sie betrifft nur die sogenannten Grundwasserleiter (wasserführende Gesteinsschichten), während der Jordan ausgeschlossen ist - die Palästinenser haben keinen Zugang zu dessen Wasser. Außerdem friert dieser Vertrag die bestehenden Nutzungen ein und verteilt nur die verfügbare Restmenge, d.h. die 78 Millionen Kubikmeter des östlichen Grundwasserleiters. Diese Regelung ist sehr nachteilig für die Palästinenser, die damit nur 18% der Grundwasserleiter nutzen, das sind 10% des auf ihrem Territorium vorhandenen Wassers.

Ohne echte politische Gesamtlösung ist daher schwer vorstellbar, wie dieser Wasserkonflikt überwunden werden soll.

Wie stellt sich dieser Wasserkonflikt im Einzelnen dar? Er betrifft vor allem den Jordan, wo alle Faktoren für eine offene "Wasserkrise" zusammenkommen: Seit Beginn des Nahostkonflikts waren die "territorialen Erweiterungen" Israels, nolens volens, immer auch eine "Eroberung von Wasser", seien es Flüsse oder Grundwasser führende Schichten.

Heute ist das Wasser im Nahen Osten mehr als eine Ressource: Es ist zur Waffe geworden.

Um das Wesen dieser "Waffe" im Dienste der "neuen Apartheid" zu verstehen, muss man beispielsweise wissen, dass die 450'000 Siedler im Westjordanland mehr Wasser verbrauchen als die 2,3 Millionen Palästinenser.

Dazu kommt, um nur einige Beispiele zu nennen:
- bei Dürre wird den Siedlern völkerrechtswidrig Vorrang eingeräumt;
- die Trennmauer ermöglicht eine Kontrolle der Zugänge zu den unterirdischen Wasservorkommen und verhindert die Entnahme durch die Palästinenser in der "Pufferzone", wodurch das Abfließen nach Westen erleichtert wird;
- die "spontan" von Palästinensern gebohrten Brunnen im Westjordanland werden von der israelischen Armee systematisch zerstört;
- in Gaza wurden die Wasservorräte im Krieg 2008/2009 gezielt bombardiert;
- die Zonen A und B hängen nicht zusammen, sondern bilden einen Flickenteppich, der von israelischen Siedlungen und von Straßen durchsetzt ist, die den Siedlern vorbehalten sind; dadurch ist der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur zur Wasserver- und -entsorgung erschwert. Die meisten Palästinenser leben in den Zonen A und B, doch die Infrastruktur, von der sie abhängen, befindet sich in der Zone C oder durchquert sie. Die Palästinenser dürfen sich in Zone C entweder nur eingeschränkt oder gar nicht bewegen, und die israelische Armee bewilligt nur selten Bau- und Sanierungsarbeiten. So gibt es mehrere vom palästinensischen Wasserministerium geplante Kläranlagen, deren Bau von der israelischen Verwaltung "blockiert" wird.

Israel wirft den Palästinensern vor, dass sie aus unkontrollierten Brunnen zu große Mengen Wasser abpumpen und daß dadurch die Grundwasservorkommen versalzen. Sie nennen Gaza als Beispiel, wo ein Grundwasserleiter kurz davor ist, unbenutzbar zu werden. Auch monieren sie die fehlende Wasserwirtschaft. Nur 31% der Palästinenser seien an eine Kläranlage angeschlossen. Doch der zuständige Ausschuss hat nur 50% der palästinensischen Projekte genehmigt, und das mit massiven Verzögerungen; und diese Bewilligungen bedürfen in Zone C einer zusätzlichen administrativen Genehmigung. Die Aneignung der Ressourcen durch die Siedlungen und den Mauerverlauf ist

ebenfalls besorgniserregend. Die Übernutzung der Grundwasservorkommen ist nachgewiesen.

Die Israelis stützen sich dabei auf die Theorie der ersten Besitzergreifung und verweigern, aus ihrer rein sicherheitspolitischen Sicht auf die Wasserfrage heraus, jede Form eines gemeinsamen Wassermanagements. Die Arbeitsgruppe hatte den Eindruck, dass das Land eher die Grundwasserleiter aufgeben und die Entsalzung vorantreiben als ein gemeinsames Wassermanagement ins Auge fassen würde. Eine gemeinsame Nutzung des Wassers wird ohne eine politische Lösung zur gemeinsamen Nutzung des Bodens nicht möglich sein.

Dabei war im Zuge des zweiten Osloer Abkommens ein gemeinsamer Wasserausschuss (Joint Water Committee) eingerichtet worden. Er ist für alle Wasserfragen zuständig, die allein die Palästinenser auf dem Gebiet des Westjordanlands betreffen. Es handelt sich also nicht um ein Gremium zur gemeinsamen Verwaltung von Wasserressourcen, geschweige denn des Wassereinzugsgebiets. Zudem muss er seine Entscheidungen einstimmig fällen, was Israel de facto ein Vetorecht einräumt.

Die Kommission besteht aus 6 Mitglieder der UMP, 4 der PS und einem der KPF
Präsident der Kommission: Lionnel LUCA
Berichterstatter: Jean GLAVANY

http://www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i4070.asp
Übersetzung: coorditrad / Korrektur: Thomas Steinberg.

Berichte von Amnesty International Wassernöte:
http://www.amnesty.de/bericht/2011/11/wassernoete

Pax Christi International

Unmoralisch

Den Streit mit dem Iran lösen

Brüssel, 22. März 2012

Pax Christi International weist die Möglichkeit einer militärischen Aktion gegen den Iran klar und einstimmig als unmoralisch, höchst gefährlich und kontraproduktiv zurück. Viel mehr unterstützen wir die Weiterführung diplomatischer Bemühungen, die auf gegenseitigem Respekt und Würdehaltung basieren. Wir ermutigen zu Diskussionen, um alle Staaten zur Zustimmung zu ihren Verpflichtungen zum Nichtverbreitungs-Vertrag (NPT) zu bringen, und wir unterstützen die Einbeziehung des Zusatzprotokolls als den Standard der Verwirklichung der Nichtverbreitung.

Alle Länder haben eine Verantwortung, definitiv zu einer Bewegung in der Richtung auf eine Waffen- und Massenvernichtungsmittel freie Zone im Mittleren Osten wie auch auf einen Vertrag, der Atomwaffen verbannt, zu ermutigen. Die katholische Soziallehre weist einen Präventiv-Krieg klar zurück. Eine Militäraktion gegen den Iran, um einer weiteren Entwicklung seines Atomprogramms vorzubeugen, würde die sehr restriktiven Bedingungen verfehlen, die von der katholischen Moraltheologie für den Einsatz von Militärkraft aus mindestens drei Gründen vorgestellt sind:

- Militärische Aktionen würden klarerweise nicht der letzte Ausweg sein, weil weitergehende Verhandlungen einen weiten Raum für Erfolg bieten;

- Die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Militäraktion ist nicht groß in einer Region, die so unbeständig ist wie der Mittlere Osten;

- Sanktionen aufzuerlegen und mit Militäraktionen zu drohen ist eine unverhältnismäßige Antwort auf eine Situation, in der weder Untersuchungen der USA noch von Israel ein iranisches Atomwaffenprogramm bestätigen konnten. Die Anreicherung zur friedlichen Nutzung ist unter dem NPT legal.

Pax Christi International besteht darauf, dass die militärische Option vom Tisch kommt und unterstützt vehement die Fortführung der Diplomatie. Ziel der Verhandlungen sollte jedoch nicht ein Ende des iranischen Anreicherungsprogramms sein, das innerhalb des NPT legal ist. Viel mehr sollte sich das Ziel von allen Seiten streng an NPT halten, und an die Ratifizierung und Anwendung des Zusatzprotokolls zum NPT durch Iran. Das würde intensivere Inspektionen durch die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) zulassen und die Wahrheitsfindung darüber, dass es keine Umleitung von angereichertem Material zu nuklearen Waffen gibt.

Die außergewöhnlichen Sanktionen, die man dem Iran aufbürdet, sind dazu angetan, die Leben gewöhnlicher Menschen zu vernichten. Aus diesem Grunde sollten sie so schnell als möglich aufgehoben werden, im Austausch z.B. für größere Transparenz.

Die Ratifizierung und volle Anwendung des Zusatzprotokolls sollte in einer vollständigen Aufhebung aller mit dem Atomprogramm verbundenen Sanktionen resultieren. NPT Verpflichtungen bezüglich der Abrüstung der Parteien der Atomwaffenstaaten müssen im Gegenzug zur Einwilligung zur Verpflichtung zur Nichtverbreitung auch erfüllt werden. Es muss jede Bemühung gewirkt werden, um Israel, Indien und Pakistan in den Nichtverbreitungs-Vertrag oder in die Diskussion um nukleare Abrüstung zu bringen, einschließlich der Verhandlung einer Atomwaffen-Konvention. Pax Christi International unterstützt vehement die Schaffung einer Waffen- und Massenvernichtungsmittel freien Zone im Mittleren Osten, welche vorgebracht werden wird bei einer Konferenz in Finnland gegen Ende 2012, mit umgehender Verhandlung über eine Atomwaffen-Konvention.

Ein Dekret des iranischen religiösen Führers Ayatollah Ali Khamenei macht seine Verdammung von Atomwaffen klar: „Die Herstellung, der Besitz, die Verwendung oder die Drohung mit Verwendung von Atomwaffen ist illegitim, nutzlos, schädlich, gefährlich und verboten als eine große Sünde.“ Unsere eigene katholische Tradition und die meisten anderen religiösen Traditionen der Mehrheit waren ähnlich nachdrücklich. Pax Christi drängt religiöse Führer, einschließlich der katholischen religiösen Führer in der ganzen Welt, lautstark die Möglichkeit einer Militäraktion als Antwort auf das iranische Nuklear-Programm zurückzuweisen und unsere kollektive, dringende Verantwortlichkeit klar zu machen, die Welt frei zu machen von Atomwaffen, die die Wurzel der derzeitigen Krise sind. Pax Christi International drängt ebenso Menschen mit Glauben und Gewissen dazu, persönliche und finanzielle Unterstützung für diese Waffen abzuziehen und zu ermutigen, sofort Verhandlungen zu einem verbindlichen internationalen Vertrag aufzunehmen, der jene endgültig vom Antlitz dieser Erde verbannen würde.

Übersetzung aus dem Englischen von Gerlinde Merz (pax christi Österreich)
http://www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen/one.news.km/index.html?entry=page.news.km.846

Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt

Sanktionen und Kriegsdrohungen sofort beenden

Der Konflikt mit Iran spitzt sich gefährlich zu. Das vom Westen beschlossene Ölembargo und der Boykott der iranischen Zentralbank sind gefährliche Interventionen. Schon einmal verhängten Großbritannien und USA in den 1950er Jahren ein Ölembargo gegen Iran, das zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung Mossadegh führte.
Die heute eingeleiteten Öl- und Finanzembargos treffen vor allem die Menschen im Iran. Obendrein liefern sie dem gegenwärtigen Regime die Rechtfertigung, sich mit Hinweis auf die historische Parallele als Opfer westlicher Aggression und als legitime Verteidiger und Beschützer der Unabhängigkeit des Iran, eines für alle Iraner vorrangigen politischen Ziels, darzustellen. Die militaristischen Strömungen in der Islamischen Republik fühlen sich so geradezu legitimiert, mit der Schließung der Straße von Hormuz im Persischen Golf zu drohen. **Die Sanktionseskalation ist auf dem besten Wege, in einen Krieg einzumünden.** Er würde nicht nur für die Menschen im Iran katastrophale Folgen haben, sondern auch die gesamte Region auf weitere Jahrzehnte destabilisieren.

Das iranische Volk will - alle Indizien sprechen dafür - weder einen Krieg noch iranische Atombomben. Es wehrt sich allerdings gegen jede militärische Bedrohung von außen. Israels Atomarsenal und die militärische Einkreisung Irans durch die USA, die inzwischen in nahezu allen seinen Nachbarländern Militärbasen errichtet haben, sind wichtige Ursachen für die Rüstungsanstrengungen Irans. Mit der Tolerierung von Israels Atomwaffenarsenal bei gleichzeitiger Bekämpfung des iranischen Atomprogramms tragen USA und EU die Hauptverantwortung dafür, dass kaum ein Oppositionspolitiker im Iran es wagt, die Atompolitik der Islamischen Republik in Frage zu stellen.

Auch in Deutschland und Europa fühlen wir uns mit der zunehmenden Gefahr eines Krieges konfrontiert, der schwerwiegende Folgen für Europa und die Welt haben würde. Wer das Ziel verfolgt, die Islamische Republik durch Intervention von außen zu beseitigen, wird realistische Lösungen für den Atomkonflikt ignorieren. Wir warnen deshalb davor, dass maßgebliche Kräfte in den USA und ihre exiliranischen Mitläufer den Atomkonflikt für einen Regime Change zu instrumentalisieren suchen. Die Behauptung, die Nuklearmacht Iran könne nur durch Krieg verhindert werden, ist irreführend. Wir lehnen sie daher entschieden ab.

Wir fordern den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barack Obama, auf:

Stoppen Sie die Embargos gegen iranisches Öl und die iranische Zentralbank. Verhindern Sie, dass der bevorstehende Präsidentschaftswahlkampf die US-Regierung und Israel in einen Krieg mit unvorhersehbaren Folgen stürzt. Bieten Sie Iran als Gegenleistung für das kontrollierte Beschränken des Nuklearprogramms entsprechend den Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages einen gegenseitigen Nichtangriffspakt, möglichst gemeinsam mit Israel, an.

Von der deutschen Bundeskanzlerin fordern wir:

Schließen Sie jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Iran öffentlich aus und stoppen Sie die riskante Sanktionseskalation. Unterstützen Sie möglichst zusammen mit anderen europäischen Regierungen die von der UNO beschlossene Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten, die 2012 beginnen soll und die bisher in der Öffentlichkeit ignoriert wird. Dabei verspricht dieses Vorhaben, das durch eine KSZE-ähnliche Konferenz ergänzt werden könnte, eine völlig neue Perspektive des Friedens und der Kooperation für die gesamte Region. Nur eine Politik, die alle Staaten der Region, Israel eingeschlossen, zur atomaren Abrüstung und Enthaltsamkeit verpflichtet, kann das gegenseitige Misstrauen beseitigen und den Feindbildern zwischen den Religionen, Völkern und Staaten sowie dem Wettrüsten und den Diktaturen den Boden entziehen.

Wir bitten die UNO, die geplante Konferenz möglichst bald einzuberufen, selbst wenn sie zunächst von Israel oder Iran boykottiert werden sollte. Auf Dauer wird sich niemand in der Region dieser Perspektive verschließen können, ohne seine Glaubwürdigkeit und Legitimation zu verlieren. Über den aktuellen Atomkonflikt hinaus wüchse mit einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) die Hoffnung, dass ein neuer friedenspolitischer Rahmen zur Lösung anderer aktueller Konflikte, insbesondere des Nahostkonflikts, entstehen könnte.

Auf Einladung von Andreas Buro, Christoph Krämer und Mohssen Massarrat unterstützen diese Erklärung
(Liste der UnterzeichnerInnen) :
http://www.friedenskooperative.de/themen/iranerkg.htm

Attac Deutschland hat diese Erklärung unterschrieben (März2012)

Materialien der AG Globalisierung und Krieg von Attac Deutschland zum Iran:
http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/iran/

Debatte über Günter Grass Gedicht: http://www.hintergrund.de/201204062011/feuilleton/zeitfragen/was-auch-noch-gesagt-werden-muss.html

Die EU als Kriegstreiber IMI-Studie 2012/08 -

Aufrüstungsdruck, Kriegskassen und ein Militärisch-Industrieller Komplex für die Weltmacht Europa

Die Broschüre ist ein Kooperationsprojekt der IMI mit der EU-Abgeordneten Sabine Lösing und erschien in der Reihe Informationen zu Politik und Gesellschaft.

Sie kann hier heruntergeladen werden: http://www.imi-online.de/download/Ruestungstreiber_online_2012.pdf

IRANIANS WE LOVE YOU: a message from Israel

Ronny Edry und seine Frau Michal Tamir, zusammen mit Studenten der "Pushpin Mehina" Grafikschule, haben auf Facebook eine Seite eröffnet und Ronny schrieb folgendes dazu (19.3.2012):



"*An die Menschen im Iran, an alle Väter, Mütter, Kinder, Brüder und Schwestern*
Damit ein Krieg zwischen uns stattfindet, müssen wir zuerst Angst vor einander haben, wir müssen hassen.
Ich habe keine Angst vor euch, ***ich hasse euch nicht****.*
Ich kenne euch gar nicht*. Kein Iraner hat jemals mir ein Leid zugefügt.* ***Ich habe noch nie einen Iraner getroffen****.*
Nur ein Mal in Paris. Netter Typ.
Ich sehe manchmal hier im TV einen Iraner. Er spricht über Krieg. Ich bin sicher er vertritt nicht alle Menschen des Iran.
Wenn man jemand im TV sieht der darüber spricht, euch zu bombardieren ... seid versichert, ***er vertritt nicht uns alle.***
Ich bin kein Vertreter meines Landes. Ich bin Vater und Lehrer.
Ich kenne die Strassen meiner Stadt, ich spreche mit den Nachbarn, mit meiner Familie, meinen Studenten, meinen Freunden und im Namen aller dieser Leute ... wir lieben euch.
Wir wollen euch nicht schaden. Im Gegenteil, wir wollen euch treffen, einen Kaffee trinken und über Sport unterhalten.
An alle die gleich fühlen, verteilt diese Botschaft und helft, damit sie die Menschen im Iran erreicht.
Ronny, Tel Aviv"

http://www.youtube.com/watch?v=I6sPCSJu31U&sns=fb
oder "Iran Loves Israel": http://youtu.be/sCdHlGaALc0
oder "Iranians we love you": http://youtu.be/79d2ICbzIbY
oder IRANIANS WE LOVE U
http://www.youtube.com/watch?v=7agK8MIJ3T0&feature=related

Aufschrei - Stoppt der Waffenhandel



Unterschriftenaktion:
„Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen selbst Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.
Genehmigt werden Rüstungsexporte von der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Behörden. Mit Rüstungstransfers werden in den Empfängerländern häufig bestehende Konflikte verstärkt, finanzielle Mittel für Bildung und Armutsbekämpfung fehlen.
Unzählige Menschen werden getötet, verwundet oder traumatisiert.
Wer weitere Opfer dieser skandalösen Politik vermeiden will, muss die Geschäfte mit dem Tod beenden und den Waffenhandel stoppen. Deshalb fordern wir die im zweiten Kasten rechts stehende Klarstellung von Artikel 26, Abs. 2 des Grundgesetzes.

Aktuelle Formulierung des Grundgesetzartikels 26(2)
Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2)
Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.

Unser Ziel ist es, Waffenexporte grundsätzlich zu verbieten.
http://aufschrei-waffenhandel.de/Unterschreiben-Sie-jetzt.76.0.html

Materialien:
http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Materialien.89.0.html

Empfängerländer http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Empfaengerlaender.78.0.html
Berichte über Waffenexporte an Griechenland:
http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Griechenland.210.0.html

Keine Panzer nach Saudi-Arabien! http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Keine-Panzer-nach-Saudi-Arabie.218.0.html

Mitglieder des Aktionsbündnisses (auch Attac Deutschland):
http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitglieder-Aktionsbuendnis.68.0.html